STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg

Titel: Morgenausgabe

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19191004MO

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.

Public Domain

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats-und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
https://www.sub.uni-hamburg.de

Das „Hamburger Echo"
erſcheint täglich zweimal,
Sonntags u. nach Feiertagen
nur einmal. Bezugspreis:
monatlich ℳ 4,—, vierteljähr-
lich ℳ 12,— frei ins Haus.
Kreuzbandſend. monatl. ℳ 6.
Redaktion:
Fehlandſtraße 11, 1. Stock.
Verantwortlicher Redakteur:
Karl Peterſſon, Hamburg.
Expedition:
Fehlandſtraße 11, Erdgeſchoß.
Buchhandlung: Erdgeſchoß.
Buchdruckerei-Kontor:
Fehlandſtraße 11, 1. Stock.

Einzelnummer morgens 10 ₰, abends 15 ₰.

Hamburger Echo

Anzeigen die zehngeſpaltene Petitzeile 90 ₰, zuzüglich 50 Prozent Teuerungszuſchlag. Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 90 ₰. Anzeigen-Annahme Fehlandſtraße 11 im Erdgeſchoß (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 3 Uhr) u. in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Datenvorſchriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden auch gegen Entgelt nicht aufgenommen.

Nr. 460. Sonnabend, den 4. Oktober 1919. – Morgen-Ausgabe. 33. Jahrgang.

Deutſche Nationalverſammlung.

90. Sitzung.

Berlin, 3. Oktober, mittags 1 Uhr.

Am Regierungstiſch: Erzberger, Dr. Bell.

Präſident **Fehrenbach** eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten.

Eingegangen iſt die Novelle zum Branntweinmonopolgeſetz.

Auf der Tagesordnung ſtehen zunächſt

Anfragen.

Weinhauſen (DDP.) fragt unter Hinweis auf mehrere Störungen im Poſt- und Telegraphenverkehr eines Landſtädtchens des Regierungsbezirkes Kaſſel mit Berlin, ob bei Eintritt der erheblich erhöhten Poſtgebühren wenigſtens die alte Zuverläſſigkeit und Schnelligkeit der Poſt wieder eintreten würden.

Ein **Regierungsvertreter** erwidert, daß trotz aller Anſtrengungen, die durch die lange Kriegsdauer verurſachten Mängel noch nicht beſeitigt werden können, weshalb ſchon für die allernächſte Zeit die alte Zuverläſſigkeit und Schnelligkeit nicht wieder zugeſagt werden können.

Dr. **Rieſſer** (DVP.) weiſt auf die Aeußerung des früheren Miniſterpräſidenten Scheidemann in einer Verſammlung in Kaſſel vom 11. September hin, wonach dieſer an der Ablehnung des Friedensvertrages feſtgehalten habe, weil er auf Grund ſehr wichtiger Berichte aus dem Auslande gehofft habe, daß einige Wochen der Ablehnung genügen würden, um eine gründliche Reviſion des Vertrages herbeizuführen, und fragt, ob die Regierung den Inhalt dieſer wichtigen Berichte zur Kenntnis der Verſammlung bringen wolle.

Geh. Legationsrat **von Keller**: Nach Zeitungsberichten vom 12. September ds. Js. ſoll der frühere Miniſterpräſident Scheidemann allerdings in einer Volksverſammlung in Kaſſel am 11. September Aeußerungen, wie ſie in der Anfrage enthalten ſind, getan haben. Aus denſelben Zeitungsberichten geht jedoch hervor, daß Herr Scheidemann ſich auf Mitteilungen bezog, die er in einer Sitzung der ſozialdemokratiſchen Fraktion in der Nationalverſammlung gemacht hat. Die Reichsregierung weiß nicht, worauf Herr Scheidemann in jener Fraktionsſitzung ſeine Aeußerungen ſtützte. Der Miniſter des Aeußern wird wohl bereit ſein, im Ausſchuß für auswärtige Angelegenheiten darüber Aufſchluß zu geben.

Auf eine Anfrage des Abgeordneten Dr. **Becker-Heſſen** (DVP.) über die Verzögerungen bei der Begleichung von Requiſitionsforderungen und Entſchädigungen für Einquartierungen uſw. erklärt

Geh. Regierungsrat **Förſter**: Durch Verhandlungen iſt erreicht worden, daß die engliſchen und amerikaniſchen Militärbefehlshaber jetzt die Feſtſtellung der Vergütung geſtatten, ſo daß nach Abſchluß des Feſtſtellungsverfahrens der Auszahlung nichts mehr im Wege ſteht. Die Franzoſen dagegen haben ihren Standpunkt noch nicht aufgegeben. Deshalb ſind von der wegen Ausführung des Rheinlandabkommens nach Verſailles entſandten deutſchen Kommiſſion eingehende Verhandlungen geführt worden, welche das Ergebnis gehabt haben, daß die Alliierten ein im Benehmen mit dem Reichskommiſſar zu erlaſſendes Reglement in Ausſicht geſtellt haben, um die Frage für das ganze Gebiet einheitlich zu regeln. Inzwiſchen hat der Reichsfinanzminiſter den Landesregierungen reichliche Mittel zur Zahlung von Vorſchüſſen zur Verfügung geſtellt. So ſind für das linksrheiniſche preußiſche Gebiet ſeit März 1919 zuſammen 310 Millionen, für Heſſen im Mai fünf Millionen, für die bayriſche Pfalz im September zehn Millionen gezahlt worden. Sache der Gemeinden wird es ſein, begründete Anträge an ihre Landesregierungen zu ſtellen, damit dieſe dann direkt vom Reichsfinanzminiſter anfordern.

Auf eine Anfrage des Abgeordneten **Deglerk** (DNP.) über die Zurückhaltung deutſcher Zivilinternierter in überſeeiſchen Ländern erklärt

Geheimer Legationsrat **v. Keller**: Die im Juli vorigen Jahres im Haag zuſtande gekommene deutſch-britiſche Vereinbarung iſt leider infolge des Waffenſtillſtandes britiſcherſeits unausgeführt geblieben. Die britiſche Regierung hat ſich dann aber ſpäter bereit erklärt, die in Indien und anderen überſeeiſchen britiſchen Gebieten internierten deutſchen Zivilperſonen heimzubefördern, ſobald der dafür erforderliche Schiffsraum verfügbar ſei. Die britiſche Regierung hat dieſer Tage baldigſte Entſcheidung in Ausſicht geſtellt. Daneben iſt die britiſche Regierung um ihr Einverſtändnis damit gebeten worden, daß der deutſche Dampfer „Roon", der deutſche Seeleute aus Niederländiſch-Indien heimbringt, unterwegs Indien anläuft, um von dort, ſoweit Platz vorhanden, deutſche Internierte mitzunehmen. Die deutſche Regierung iſt mit allen ihr zu Gebote ſtehenden Mitteln bemüht, die möglichſt baldige Heimſchaffung aller noch in britiſchen überſeeiſchen Gebieten internierten Deutſchen, ſoweit ſie in die Heimat zurückkehren wollen, zu verwirklichen.

Auf der Tagesordnung ſteht ſodann die Interpellation der Abgeordneten Dr. **Heintze** (DVP.) und Genoſſen, betreffend Zahlung der Einfuhrzölle in Gold.

Reichsfinanzminiſter **Erzberger**: Es waren Verhandlungen mit den Alliierten im Gange. Sie werden in Kürze wieder aufgenommen werden. Ich kann zur Beruhigung mitteilen, daß alle Vorbereitungen ſeitens des Reichsfinanzminiſteriums und anderer Stellen getroffen worden ſind, um je nach dem Ausfall der Verhandlungen in Verſailles die nötigen Konſequenzen zu ziehen.

Damit iſt dieſer Gegenſtand der Tagesordnung erledigt.

Sodann wird die erſte Beratung des Geſetzentwurfes über

das Arbeitsentgelt der Empfänger von Militärverſorgungsgebührniſſen

fortgeſetzt.

Winnefeld (DVP.): Wir ſtimmen der Vorlage zu in der Annahme, dadurch den Kriegsbeſchädigten zu helfen. Als 1915 die erſten Kriegsbeſchädigten in die Betriebe zurückkehrten, wurden viele Klagen über ſchlechte Entlohnung laut. Von 1915 bis 1918 trat eine vorübergehende Beſſerung ein. Auch die Renten wurden aufgebeſſert. Seit der Demobilmachung und dem wirtſchaftlichen Niedergang haben ſich aber die Verhältniſſe wieder erheblich verſchlechtert. Um die Einführung des Einſtellungszwanges werden wir nicht herum kommen. Die Kriegsbeſchädigten müſſen ihr Daſein friſten können, und auf die Unternehmer muß ein mehr als moraliſcher Druck ausgeübt werden. Vor allen Dingen müſſen die Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden verpflichtet werden, die Kriegsbeſchädigten wieder in ihre alten Stellen zu ſetzen. Nichts iſt einzuwenden gegen die Verweiſung an die Schlichtungsausſchüſſe. Das angekündigte Militärpenſionsgeſetz erwarten wir dringend. Wir haben es wiederholt gefordert. Wir werden an der Geſtaltung des Geſetzes mitarbeiten in der Hoffnung, daß dadurch Gutes für unſere Kriegsbeſchädigten erreicht wird. (Beifall.)

Koenen (USP.): Es kommt uns darauf an, die Fälle der zahlloſen Ausbeutungen durch das Geſetz zu beheben. Ein Redner nach dem anderen weiſt dagegen die dringende Notwendigkeit der Vorlage nach. Sie zeigen damit, daß es mit dem Dank des Vaterlandes nicht weit her iſt. Solange mit dem Kapitalismus nicht Schluß gemacht wird, ſolange iſt auch eine großzügige Sicherſtellung der Kriegsbeſchädigten nicht möglich. Sie müſſen erkennen, daß nur die Verwirklichung des Sozialismus ſie gegen die Kapitaliſten ſicherſtellt. Die Rentenfeſtſetzung läuft auf Rentenquetſcherei hinaus, und die Regierung müßte mehr als bisher für die Zivilrentenempfänger und die Knappſchaftsrentner ſorgen.

Damit ſchließt die Beſprechung. Die Vorlage wird dem ſozialen Ausſchuß überwieſen.

Es folgt die Interpellation der Demokraten, betreffend Bewilligung weiterer Mittel zur

Errichtung von Kleinwohnungen.

Wachhorſt de Wente (DDP.): Nur langſam iſt man zu der Erkenntnis gekommen, daß es mit polizeilichen Verordnungen und ſanitären Maßnahmen in der Wohnungsfrage nicht getan iſt, ſondern daß auch der Staat und das Reich die Pflicht haben, mit großen finanziellen Opfern hier einzugreifen. Gerade jetzt nach dem unglücklichen Kriege muß man von einem Wohnungselend ſprechen. Die Großſtädte und die Induſtriezentren ſind überfüllt. Die Wohnungsfrage kann nur gelöſt werden, wenn das Reich, die Länder und die Gemeinden zuſammenwirken. Die bereits für dieſen Zweck bewilligten 500 Millionen ſind ihrem eigentlichen Zwecke nicht zugeführt worden. Wenn die Regierung Mittel bereitſtellt, wird auch die Privatinitiative nicht vor Opfern zurückſchrecken. Der Arbeitsminiſter fordert für dieſes Jahr noch weitere 150 Millionen Mark, aber die bisher bewilligten 500 Millionen ſind noch nicht einmal verbraucht worden, weil die Korporationen, denen dieſe Summen bewilligt ſind, noch gar nicht in der Lage ſind, zu bauen. Wir müſſen wieder zu Lehmbauten übergehen, die durchaus dauerhaft ſind. Das Reich muß bedeutend größere Mittel zur Verfügung ſtellen. Die Menſchen müſſen heraus aus den Städten in die Vororte, wo ſie Luft und Licht haben. Darum iſt die Wohnungsfrage auch eine Verkehrsfrage. Auch die Gemeinden müſſen Mittel hergeben. Ferner müſſen wir die Arbeiter dahin bringen, wo ſie ihr Brot finden, d. h. auf das platte Land, wo ſie angeſiedelt werden müſſen. Ich bin für die Anſiedlung freier Bauern, die an ihrer eigenen Wirtſchaft genug haben. Aber die Zeiten haben ſich geändert. Wir müſſen jetzt auch Arbeiter auf dem Lande anſiedeln. Aber der Arbeitsvertrag muß den Arbeitern die freie Verfügung über ihre Arbeitskräfte laſſen, damit ſie mit der Zeit auch zu freien, ſelbſtändigen Bauern werden können. An die Bauten auf dem Lande dürfen nicht zu hohe Anforderungen geſtellt werden, wie in der Großſtadt. Aber die Ueberteuerungskoſten, die das Reich für die Wohnbauten gibt, decken noch nicht den vollen Bedarf. Wenn die Staatsforſtverwaltung ſchon früher Holz geſchlagen hätte, dann hätten die Bauhölzer ſchon austrocknen können und es könnte jetzt mit dem Bauen begonnen werden. Der Staatskommiſſar für das Wohnungsweſen ſoll den provinzialen Siedlungsgeſellſchaften je zehn Millionen Mark geben, damit ſie dieſe Mittel an Kleinſiedlungsgeſellſchaften und Kreiſe zur Verfügung ſtellen können. Für das platte Land und die kleineren Landſtädte ſollen ſofort beſtimmte Summen ausgeworfen werden. Gute Wohnungen und gute Ernährung werden die Arbeitsluſt ſteigern. In den Bergwerksrevieren müſſen wir geradezu Wohnungen auf Vorrat errichten, damit wir Menſchen dahin bekommen. Die Ziegelinduſtrie muß durch reichliche Belieferung mit Kohlen in den Stand geſetzt werden, zu arbeiten. Es kommt hier auf die Regierung an, die Mittel für alle dieſe Zwecke anzufordern. (Beifall.)

Zur Beantwortung der Interpellation nimmt

Reichsarbeitsminiſter **Schlicke** das Wort: Heute haben ſich die Baukoſten gegen früher mindeſtens verfünffacht. Solche Summen aus Reichsmitteln aufzubringen neben den übrigen Laſten des Reiches iſt unmöglich. Das Reich hat 1918 300 Millionen zur Verfügung geſtellt und im laufenden Jahre 200 Millionen angefordert. Außerdem habe ich den Finanzminiſter erſucht, weitere 150 Millionen für das laufende Jahr zur Verfügung zu ſtellen. Dieſe Summen ſind unzureichend, auch wenn nur die begründetſten Anträge in dieſem Jahre befriedigt werden. Es liegen begründete Anträge ſchon für 230 Millionen vor. Die Anträge auf Baukoſten haben ſich in letzter Zeit ſo vermehrt, daß auf dieſe Weiſe dauernd überhaupt nicht geholfen werden kann. Es müſſen noch andere Mittel und Wege gefunden werden. Die Ueberteuerungszuſchüſſe haben zu Preisſteigerungen noch mit beigetragen. Wenn für die kleinen Städte und die ländlichen Ortſchaften verhältnismäßig geringe Beträge ausgeworfen ſind, ſo iſt den Reichs- und Staatsſtellen kein Vorwurf daraus zu machen. Selbſtverſtändlich wird die Reichsregierung auch für die beſetzten Gebiete ganz beſonders ſorgen. Sie wird, wenn nötig, durch ſelbſtändiges Vorgehen in den beſetzten Gebieten durchgreifend dem Wohnungsmangel abhelfen. (Beifall.) Was die Förderung der Bauſtoffinduſtrie durch Kohlenlieferung betrifft, ſo iſt die Kohlenfrage im weſentlichen auch eine Transportfrage. Wenn ſich das nicht weſentlich ändert, iſt es kaum möglich, dieſe Wünſche zu erfüllen. Bei den Lehmbauten läßt die praktiſche Ausführung noch zu wünſchen übrig. (Widerſpruch.) Die Anforderungen für Baracken ſind in nächſter Zeit ganz ungeheuer, ſo daß auf durchgreifende Hilfe mit dieſen Mitteln nicht gerechnet werden darf.

Auf Antrag des Abg. **Siehr** (DDP.) findet die Beſprechung der Interpellation ſtatt.

Goelzer (SD.): Wir müſſen zu den Holz- und Lehmbauten übergehen, und um dieſe Methode zu fördern, müſſen die Gemeinden mit Holzlieferungen zur Hand gehen. Auch die Iſolierplattenbauten bewähren ſich. Auch dazu ſind größere Mittel den Gemeinden zu bewilligen.

Schirmer (Z.): Im Wohnungsausſchuß des Reichstages hatten wir damit gerechnet, daß die nach dem Kriege freiwerdenden Baumaterialien dem Wohnungsbau zur Verfügung geſtellt werden würden. Heute iſt die Wohnungsnot weniger eine Geld- als eine Material- und Arbeiterfrage. Die Streiks müſſen aufhören, damit wir Baumaterialien bekommen. Die Arbeitsloſen müſſen an die entſprechenden Arbeitsſtellen gebracht werden.

Mumm (DNP.): Die Schaffung einer Verſuchsſtation für die einzelnen Bauarten iſt notwendig. Das Materialprüfungsamt genügt für dieſe Zwecke nicht. Die bureaukratiſchen Schwierigkeiten bei der Anwendung der Bauordnung müſſen beſeitigt werden. Auf dem Lande iſt es erforderlich, daß Miets- und Arbeitsverträge nicht miteinander verquickt werden. Die Reibungspunkte zwiſchen Arbeitgebern und Arbeitnehmern werden dadurch nur noch vermehrt. Bei Bewilligung der Reichsunterſtützung muß beſondere Rückſicht auf die Siedlungsgeſellſchaften, beſonders auf dem Lande, genommen werden. Mit dem Mietskaſernenelend muß gebrochen und die Freude an der eigenen Scholle gefördert werden. Für die beſetzten und Abſtimmungsgebiete muß alles nur Mögliche geſchehen, um auch durch die Wohnungsförderung den dortigen Deutſchen klarzumachen, daß es am beſten iſt, wenn ſie beim deutſchen Vaterland bleiben.

Unterſtaatsſekretär **Scheidt**: Wenn der Interpellant über den langſamen Geſchäftsgang geklagt hat, in dem die Anträge auf Ueberteuerungszuſchüſſe erledigt werden, ſo iſt zu ſagen, daß es ein Irrtum iſt, wenn angenommen wird, daß es Gründe bureaukratiſcher Natur ſind, die einer ſchnellen Erledigung der Anträge entgegenſtehen. Nur der Mangel an Mitteln verurſacht häufig eine ſo lange Stockung in der Erteilung eines Beſcheides. Die aus Reichsmitteln bewilligten Gelder ſind ſehr ſchnell aufgebraucht worden. Das preußiſche Finanzminiſterium konnte weitere Gelder nicht bewilligen, weil es jetzt wieder an den Etat gebunden iſt. Erſt in den letzten Tagen war es möglich, die Bedenken des Finanzminiſteriums zu beſeitigen, und darauf gingen innerhalb von 24 Stunden auch wieder die Beſcheide aus dem Hauſe, ſo daß heute auch dieſe 150 Millionen bereits wieder ausgegeben worden ſind. Die Mittel reichen kaum aus, um die dringendſten Anträge zu befriedigen. Beſondere Rückſicht wird auch auf die Wohnungsfürſorge für Eiſenbahnarbeiter genommen, die in der Nähe der Eiſenbahnwerkſtätte Wohnung finden müſſen. In einer Verordnung iſt der Bau von Luxuswohnungen verboten worden, dazu gehören auch namentlich die Kinobauten. Die Ausführung von Luxusbauten wird in Zukunft mit einer hohen Geldſtrafe belegt, und zwar bis zu ℳ 150 000. Leider wird vom 1. November ab die bisher ſchon unzureichende Kohlenmenge für Herſtellung von Baumaterialien noch weiter verringert werden müſſen. Die Forderung des Holzbaues ſcheitert an der Koſtenfrage. Der Lehmbau dürfte die ausſichtsreichſte Methode ſein. Die Bauordnung iſt zweifellos mangelhaft. Ich habe deshalb eine neue Muſterbauordnung herausgegeben, die nach Anſicht der Sachverſtändigen allen berechtigten Anſprüchen genügen wird. Die ländlichen Siedlungen können leider nicht beſonders bevorzugt werden. Dem Miniſter für Volkswohlfahrt in Preußen liegen für 100 Millionen Mark Anträge vor, für die keine Deckung vorhanden iſt. Die Erteilung von Vorſchüſſen iſt praktiſch nicht möglich, es würde damit der Einfluß auf die Projekte verloren gehen. Im übrigen wird von uns alles Mögliche getan, um die Mietskaſernenbauten auszuſcheiden und niedrige Häuſer zu bauen. Seitens der Regierung wird das Menſchenmöglichſte geſchehen, um den Wohnungsbau zu fördern, und zum mindeſten die außerordentlich großen Schwierigkeiten zu mildern, die entgegenſtehen. (Beifall.)

Henke (USP.): Die bürgerliche Geſellſchaft kann dieſe Frage überhaupt nicht löſen. Die Wohnungsfrage iſt eine ſoziale Frage, das geſamte Wohnungsweſen muß ſozialiſiert werden, und das iſt in erſter Linie eine Aufgabe der Gemeinden. Die Bodenſpekulation iſt eine Urſache der Wohnungsnot und ein Hindernis für die Verbeſſerung. So lange wir die kapitaliſtiſche Produktionsweiſe haben, werden wir eine Wohnungsnot haben. Die Arbeiterklaſſe iſt die wichtigſte Klaſſe der Bevölkerung, weil ohne ſie keine Produktion möglich iſt. Sobald der Mieterſchutz wieder etwas gelockert wird, werden die Mietspreiſe ungeheuer ſteigen. Nur wenn wir an die Sozialiſierung des Wohnungsweſens herangehen, werden die Wohnungsverhältniſſe der ganzen Bevölkerung in den Städten gebeſſert werden können. Wir ſind einverſtanden mit den vorgeſchlagenen Mitteln, um Abhilfe für die nächſte Zeit zu ſchaffen, aber dabei darf es nicht bleiben.

Oertel (DVP.): Das Wohnungselend und die ſittliche Verwahrloſung gehen miteinander. Es iſt patriotiſche Dankespflicht, den hunderttauſenden Kriegsteilnehmern, die jahrelang die Enge des Schützengrabens ertragen haben, ein Heim zu bereiten, in dem ſie ſich körperlich und ſeeliſch erholen können. Es iſt auch eine wirtſchaftliche Notwendigkeit, weil die unruhig hin und her fluktuierende und heimatloſe Bevölkerung ein Herd der Unzufriedenheit iſt. Die Nationalverſammlung und die Regierung hat ſich ihrer Pflicht nicht entzogen und die Mittel für die Ueberteuerungszuſchüſſe bereitgeſtellt, um das Wohnungselend zu bekämpfen. Dieſe Mittel müſſen jetzt erhöht werden. Wir werden noch viele Hundertmillionen bewilligen müſſen, um die Gemeinden in den Stand zu ſetzen, die Wohnungsnot zu beſeitigen. Bei den Baukoſtenzuſchüſſen iſt bisher das platte Land ſchlecht weggekommen, aber auch dort iſt die Wohnungsnot akut. Wir müſſen Arbeitskräfte auf das Land bringen und die Kriegsteilnehmer dort anſiedeln. Das Land ſchreit nach Arbeitskräften. Die Beſchaffung der Mittel iſt die ſchwierigſte Frage, aber der Regierung muß der Vorwurf der Langſamkeit gemacht werden. Schließlich erbittet der Redner die Hilfe der Regierung für die Gemeinden im Weſten zur Wiederherſtellung der durch den Rückmarſch der Truppen zerſtörten Wege, die vollkommen neu gebaut werden müſſen.

Damit iſt die Interpellation erledigt. Schluß 5¼ Uhr.

Nächſte Sitzung Sonnabend 1 Uhr. Nachtragsetat für die Beſoldungen, Ausſchußbericht über die Bildung des Stickſtoffſyndikates.

Das Betriebsrätegeſetz im Ausſchuß.

Im Ausſchuß der Nationalverſammlung für das Betriebsrätegeſetz begründete Dr. Hitze (Z.) folgenden von den Mehrheitsparteien vereinbarten Kompromißantrag, wonach in Artikel 1 die folgenden Beſtimmungen eingefügt werden: a) zur Wahrnehmung der gemeinſamen wirtſchaftlichen Intereſſen der Arbeitnehmer (Arbeiter und Angeſtellten) des Betriebes den Arbeitgebern gegenüber und zur Unterſtützung der Arbeitgeber in der Erfüllung der Betriebszwecke ſind in allen Betrieben, die in der Regel mindeſtens 20 Arbeitnehmer beſchäftigen, Betriebsräte zu errichten; b) ſind in ſolchen Betrieben mindeſtens 5 Arbeiter und Angeſtellte beſchäftigt und einigt ſich die Mehrheit beider Gruppen nicht auf einen gemeinſamen Betriebsobmann, ſo wählen die Arbeiter und die Angeſtellten je einen Betriebsobmann. Dieſer Antrag wurde einſtimmig angenommen. Außerdem wurde beſchloſſen, den Betriebsobmann in den Gewerbebetrieben von 5 Arbeitern einzuführen. Abgelehnt wurde dagegen ein Antrag Hitze, in landwirtſchaftlichen Betrieben den Betriebsobmann erſt bei 10 Beſchäftigten zu wählen. Angenommen wurde ein weiterer Antrag der Mehrheitsparteien, der die Aufſtellung und Bildung von eigenen Gruppen von Angeſtellten- und Arbeiterräten zur Wahrnehmung ihrer ſpeziellen Intereſſenforderungen vorſieht. Artikel 2 wurde debattelos angenommen. Bei Artikel 3 wurde die Beratung abgebrochen, nachdem zunächſt über die Einordnung und den Begriff der Heimarbeit beraten worden war.

Die Zentrumsparlamentskorreſpondenz behauptet, daß die Vereinbarung beſchloſſen worden ſei, für die Angeſtellten beſondere Betriebsräte zu errichten.

Zur Frage der Räumung des Baltikums

ſchreibt das franzöſiſche Regierungsorgan, der „Temps": Wenn die Reichsregierung den ernſten Willen und die Macht habe, jede weitere Zufuhr für die Armee v. d. Goltz zu unterbinden, dann werde dieſe Armee wohl gezwungen ſein, baldigſt nach Deutſchland zurückzukehren. Wenn aber die deutſche Regierung nur Willen ohne Macht oder Macht ohne Willen, oder wenn, was wahrſcheinlicher ſei, ſie nur einen halben Willen und halbe Macht habe, dann werde die Armee v. d. Goltz unter irgendwelchen Vorwänden und Maskierungen in den Baltiſchen Landen bleiben. In dieſem Falle hätten die Alliierten das Recht, die ihnen notwendig ſcheinenden Maßnahmen gegen die Regierung zu unternehmen, der es an Aufrichtigkeit und Autorität fehlte. Die Affäre v. d. Goltz ſei ein Prüfſtein für den ganzen Frieden, der jetzt gemacht werde. Die Schutzverträge mit Amerika und England ſeien noch nicht von militäriſchen Konventionen begleitet. Der Völkerbund beſitze weder Militärmacht, noch habe er Einfluß auf die Streitkräfte ſeiner Mitglieder. Für den Schutz Frankreichs ſeien daher drei Garantien notwendig: In militäriſcher Hinſicht müſſe Deutſchland entwaffnet und die Entwaffnung kontrolliert werden. Politiſch müſſe Deutſchland Demokratie werden, die man vom preußiſchen Militarismus befreien müſſe. Endlich müſſe Deutſchland von emanzipierten, durch den Sieg der Alliierten vergrößerten Staaten umgeben werden, damit Deutſchland keine Macht finde, die ihm Hilfe leiſten werde, um die durch den Friedensvertrag von Verſailles aufgerichtete Ordnung umzuſtoßen. Die drei Garantien würden illuſoriſch, wenn die Armee Goltz in den baltiſchen Ländern bleibt. Wie könne man auch ſchließlich Deutſchland entwaffnen, wenn in Kurland eine Armee von 60—100 000 Mann ſteht, ausgerüſtet mit allem erforderlichen Kriegsmaterial. Man dürfe auch nicht vergeſſen, daß v. d. Goltz mit Rußland in Verbindung ſtehe. Man ſage, daß bedeutende ruſſiſche Kräfte ſich um ihn gruppierten. Wenn auch der Krieg im Weſten beendet ſei, in Rußland hörte der Krieg zwiſchen den Alliierten und Deutſchland niemals auf. Jetzt aber, wo die Engländer Archangelſk geräumt hätten, würden die Deutſchen gern den Antibolſchewiſten ihre Unterſtützung leihen. Sie hoffen dadurch, ſich wieder aufzurichten und die Alliierten zu verhindern, Einflüſſe in Rußland auszuüben. Sie wollen ſich ſchließlich in Rußland eine Kundſchaft bereiten. Das ſei die Arbeit, die die Armee v. d. Goltz in den baltiſchen Ländern verrichten ſoll. Der „Temps" fragt ſchließlich, was in den baltiſchen Ländern geſchehen ſoll, damit im Falle, daß die Armee v. d. Goltz weggehe, ſie nicht durch die Bolſchewiſten erſetzt werde. Der „Temps" ſpricht die Anſicht aus, daß man den Frieden nur garantiere, wenn man Rußland beſetze.

*

Die im Schlußſatz ausgeſprochene Anſicht des „Temps" erinnert auffallend an den hübſchen Satz in Saint-Simons „Katechismus der Induſtriellen":

Ote-toi de là, que je m'y mette.
(Pack dich von hier, daß ich mich hinſtelle.)

Der Abzug der deutſchen Truppen wird nur verlangt, damit eine franzöſiſche Beſatzung im Baltikum einziehen kann zum Schutze der Pariſer Kapitalsintereſſen. Der Bolſchewismus dient auch hierbei nur als Schreckgeſpenſt. Aber dieſe von den Kapitaliſten Frankreichs ſo heiß begehrte Beſetzung Rußlands kann bei der entſchiedenen Oppoſition, die ſie beim franzöſiſchen Proletariat findet, gerade auch dazu beitragen, den Bolſchewismus in Frankreich ſelbſt ſehr lebendig zu machen.

Die Unterſuchung der Berliner Januar-Unruhen.

Der Unterſuchungsausſchuß der preußiſchen Landesverſammlung beendete die Beweisaufnahme über die Berliner Januar-Unruhen. Der Präſident der Landesverſammlung, Leinert, bekundete u. a., daß er in der Nacht vom 5. zum 6. Januar, als er von Hannover nach Berlin zurückfahren wollte, die Schnellzüge total überfüllt fand von Soldaten und Matroſen, die ohne Fahrkarte und Ausweis zu den Unruhen nach Berlin ſtrömten. Die Zeugen Heinig und Horn vom preußiſchen Finanzminiſterium haben am 18. Dezember mit Dorrenbach und drei anderen Verbrechern der Volksmarinediviſion einen Vertragsentwurf aufgeſetzt, der zur Räumung des Schloſſes führen ſollte. Der Entwurf iſt dann nicht zur Verabſchiedung gelangt, wohl aber iſt ſpäter in einer Verſammlung der Matroſen ihnen der Vertrag unterſchrieben vorgezeigt worden. Der nächſte Zeuge, Gefreiter Jürgen, hat in der Nacht vom 10. zum 11. Januar Ledebour und Dr. Ernſt Meyer verhaftet. Er hat dazu keinen Auftrag von der Kommandantur gehabt. Von einer Tötung Ledebours und Meyers ſei nie die Rede geweſen, außer, daß Tyſza dem Zeugen einen ſolchen Vorſchlag gemacht hätte. Als letzter Zeuge wurde der im Ledebour-Prozeß bekannte Kaufmann Tietzenhauſen vernommen, der nochmals genaue Angaben über das Verhalten Eichhorns im Polizeipräſidium machte, das er zuerſt entdeckt und an die Oeffentlichkeit gezogen hätte. Die unabhängigen Zeugen ſind auch heute ausgeblieben. Die Fertigſtellung des Berichts dürfte etwa drei Monate in Anſpruch nehmen.

Vom Oberſten Rat.

Amerikaniſcher Einſpruch gegen die Verteilung der deutſchen Tankſchiffe. — Heimbeförderung von Kriegsgefangenen. — Zulaſſung der Deutſchen zur Konferenz in Waſhington?

In Paris tagt bekanntlich noch immer der aus fünf Vertretern der Alliierten beſtehende „Oberſte Rat", der das Schickſal der Welt zu lenken verſucht. Ueber ſeine letzten Beſchlüſſe wird telegraphiſch berichtet:

Der Vorſitzende der amerikaniſchen Friedensabordnung in Paris, Polk, hat im Oberſten Rat mitgeteilt, daß die amerikaniſche Regierung die Entſcheidung des Oberſten Wirtſchaftsrats über die deutſchen Tankſchiffe nicht anerkennen könne. Dieſe Entſcheidung geht bekanntlich dahin, die 18 deutſchen Tankſchiffe, die urſprünglich Deutſchland verbleiben ſollten, um ſeine Oelverſorgung aus Amerika nicht zu gefährden, unter die Alliierten zu verteilen. Weiter beſtimmte der Oberſte Alliiertenrat die Offiziere für die Kommiſſion, die die Heimſchaffung der deutſch-öſterreichiſchen Kriegsgefangenen aus Sibirien bearbeiten ſolle. Endlich beſchloß der Oberſte Rat, den Deutſchen und Oeſterreichern Erleichterungen zu gewähren, um ſich zur Arbeitskonferenz nach Waſhington zu begeben. Wie es heißt, iſt übrigens dieſe Konferenz auf den 28. Oktober verſchoben, ſo daß die Vertreter Deutſchlands und Oeſterreichs doch noch rechtzeitig hinkommen können.

Was die letzte Meldung angeht, ſo läßt ſie noch immer nicht zweifelsfrei erkennen, ob die Zulaſſung der deutſchen Arbeitervertreter eine halbe oder eine ganze ſein ſoll. Von einer Entſendung des Genoſſen Legien zu dieſer Konferenz, von der die bürgerliche Preſſe ſchon zu berichten weiß, ſollte jedenfalls ſo lange keine Rede ſein, als nicht Sicherheit dafür gegeben iſt, daß man ihn drüben nicht wie einen Bettler vor der Tür ſtehen läßt.

Politiſche Nachrichten.

Der Poſtetat.

Der Haushaltsausſchuß der Nationalverſammlung ſetzte die Beratung des Poſtetats fort. Die bei der Poſt beſchäftigt geweſenen Kriegsgefangenen werden, wie der Miniſter mitteilte, ſelbſtverſtändlich wieder in den Dienſt eingeſtellt werden. Der Demokrat Delius regte an, die Töchter bemittelter Eltern, die bei der Poſt angeſtellt ſeien, evtl. zugunſten beſchäftigungsloſer Kriegsbeſchädigter zu entlaſſen. Im weiteren Verlauf der Beratungen des Poſtetats teilte Miniſter Giesberts mit, daß auch den Lohnangeſtellten eine einmalige Zulage gezahlt werden ſollte, und zwar den Verheirateten ℳ 600, ferner für jedes Kind ℳ 200, und den Ledigen ℳ 400. Ledige Angeſtellte unter 21 Jahren werden nur die Hälfte erhalten.

Zur Ehrenrettung der Arbeiter- und Soldaten-Räte.

Die Genoſſen Löbe und Sollmann haben in der Nationalverſammlung eine Anfrage geſtellt, in der ſie darauf verweiſen, daß das Reichsfinanzminiſterium am 9. Auguſt eine Anfrage des Abgeordneten Schiffer über die Finanzgebarung der Arbeiter- und Soldatenräte in einſeitiger, irreführender und zum Teil nachweislich falſcher Weiſe beantwortet habe. Es wird nun gefragt, ob die Reichsregierung Auskunft geben kann über die notwendigen Verwaltungsausgaben der Arbeiter- und Soldatenräte infolge der Kopfloſigkeit und des Verſagens der Militär- und Zivilbehörden während der Revolution, ferner über die Koſten für die Rückführung teilweiſer aufgelöſter Truppenteile in die Heimat, für die Verpflegung der Truppen, für den Abtransport aufgelöſter Truppen aus zahlreichen Garniſonſtädten, für die Beſoldung von Sicherheitsmannſchaften zur Wiederherſtellung und Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und ſchließlich über diejenigen Werte, insbeſondere an Heeresgut, welche durch die A.- und S.-Räte für die Allgemeinheit gerettet worden ſind. Dann wird noch gefragt, ſeit wann und auf welche Weiſe ſich die Reichsregierung bemüht habe, über die poſitiven Leiſtungen der A.- und S.-Räte Material zu erlangen.

Die großen Kanonen.

Franzöſiſche Blätter erörtern zurzeit die Frage, wo denn eigentlich die weittragenden deutſchen Geſchütze und die „Berta" geblieben ſeien. Sie ſeien nicht an Frankreich ausgeliefert worden. Das „Berliner Tageblatt" erkundigte ſich bei dem zuſtändigen Referenten im Kriegsminiſterium, Major Trepper. Er erwiderte, daß zur Zeit der Waffenſtillſtandsverhandlungen der Aufenthalt der großen Geſchütze dem deutſchen Vertreter tatſächlich unbekannt war. Nach dem Waffenſtillſtandsvertrag iſt Deutſchland zur Lieferung einer beſtimmten Anzahl größerer Geſchütze verpflichtet, aber die Art der Geſchütze bleibe den Deutſchen vorbehalten. Zurzeit befinden ſich die in der franzöſiſchen Preſſe erwähnten Geſchütze in deutſchen Küſtenfeſtungen.

Belgiſche Hoffnungen.

In der belgiſchen Kammer erklärte bei der Beratung des Budgets der Miniſterpräſident, wenn auch das Defizit ungeheuer groß ſei, ſo ſei die Lage doch nicht alarmierend. Belgien werde vor Ablauf des Etatsjahres einen gewiſſen Teil der Summe von 2½ Milliarden erhalten, die Deutſchland vor dem 1. Auguſt 1921 an Belgien zu zahlen verpflichtet ſei. Außerdem ſei auf Rückerſtattung der Koſten für die Beſatzungsarmee zu rechnen. Die Lage ſei ſicher ernſt und gefährlich, aber man müſſe hoffen, die von Deutſchland geſchuldeten Gelder verfügbar zu machen und mit ihnen die belgiſche Induſtrie wieder zu beleben.

In der Debatte führte der Genoſſe Huysmans aus, Belgien müſſe ſich an der Waſhingtoner Konferenz beteiligen. Die Wiederaufnahme offizieller Beziehungen mit Deutſchland ſei eine Selbſtverſtändlichkeit, denn man könne doch nicht der belgiſchen Induſtrie Arbeitsbedingungen auferlegen, die ſie gegenüber ihren Konkurrenten ins Hintertreffen führen werde. Die Nationaliſten erhoben einen wüſten Radau, der Huysmans einige Zeit am Sprechen verhinderte.

Agitation für eine Königswahl in Ungarn.

Die Partei des ungariſchen Königtums erläßt an das Volk Ungarns anläßlich der Vorbereitung zu den Wahlen zur Nationalverſammlung einen Aufruf und fordert die Bürger zum Eintritt in die royaliſtiſche Partei auf. Wünſchen wir, ſo heißt es im Aufruf, daß nach der Präſidentſchaft Karolyis und nach der Räterepublik Bela Khuns auch weiter dieſe Staatsform bleibe oder daß wir den Traditionen der tauſendjährigen ungariſchen Nation entſprechend, mit der Krone des Heiligen Stefan einen würdigen Nachfolger auf unſeren Thron ſetzen. Die Wahl des Königs wollen wir der weiſen Einſicht der Nationalverſammlung überlaſſen.

Franzöſiſche Balkanpläne.

Der franzöſiſche Geſandte in Bukareſt hat eine Reiſe nach Budapeſt, Wien und Paris unternommen. Es dürfte ſich dabei darum handeln, ob eine Allianz mit Rumänien oder Verbindung mit der zukünftigen Donauföderation vorgeſchlagen werden ſolle. In Budapeſt hat ſich übrigens eine royaliſtiſche Partei gegründet, deren Plakate die ungariſche Königskrone zeigen. Die Partei erklärt, daß ſie für die Einberufung der Nationalverſammlung wirken wolle, die über die Staatsform entſcheiden und eventuell den König wählen ſolle. — Das würde natürlich ein König von Gnaden der franzöſiſchen Republik ſein.

Was iſt Wahrheit?

Der Stockholmer Vertreter der Moskauer Sowjetregierung, Friedrich Ström, erklärt die Nachricht von dem bevorſtehenden Rücktritt der Sowjetregierung für vollſtändig unbegründet. Die Stellung Lenins ſei feſter denn je.

Wir haben von den angeblichen Rücktrittsabſichten Lenins und Trotzkys, womit die Senſationspreſſe ſchon ſeit einigen Tagen ihre Spalten füllt, wegen ihrer geringen Glaubwürdigkeit keine Notiz genommen. Ebenſo wenig glaubwürdig erſcheint uns allerdings die Behauptung Ströms, die Stellung Lenins ſei feſter denn je. Man könnte daraus eher ſchließen, daß es tatſächlich ſchlimm um die Aufrechterhaltung der Bolſchewikiherrſchaft ſteht. Einſtweilen iſt noch alles, was aus und über Rußland berichtet wird, ſo trüber Herkunft, daß man am beſten tut, nichts davon zu glauben.

Preußiſche Landesverſammlung.

(Telephoniſcher Bericht.)
59. Sitzung.
Berlin, 8. Oktober, 12 Uhr.

Am Regierungstiſch: Dr. Südekum, Braun.
Das Haus erledigt zunächſt

kleine Anfragen.

Zu einer Anfrage des Abg. Richtarsky (Z.) erklärt die Regierung, daß gegen die Zugehörigkeit von Magiſtratsmitgliedern und Stadtverordneten zum Volksrat nichts einzuwenden iſt. Eine gegenteilige Entſcheidung des Staatskommiſſars Hörſing in Leobſchütz iſt aus Gründen der öffentlichen Sicherheit erfolgt.

Zu einer Anfrage des Abg. Matſchkewitz (DNP.) über die Steigerung des Nahrungsmittelmangels und der Wohnungsnot durch die einwandernden galiziſchen und polniſchen Juden erklärte die Staatsregierung, daß einwandernde Flüchtlinge als läſtige Ausländer ausgewieſen werden können. Von dieſer Möglichkeit Gebrauch zu machen, empfiehlt es ſich, ſoweit es ſich um Militärdienſt-Tüchtige handelt, nicht, ſolange im Oſten der tatſächliche Friedenszuſtand noch nicht wieder hergeſtellt iſt. Flüchtlinge aus Polen von Judenpogromen dürfen aus Gründen der Menſchlichkeit nicht abgeſchoben werden. Verbrecher wird die Regierung rückſichtslos abſchieben, dabei ſpielt aber der konfeſſionelle Unterſchied keine Rolle.

Zu einer Anfrage des Abg. Heller (SD.) über die ſteuerliche Benachteiligung der Kriegsteilnehmer läßt die Regierung erklären, daß über Steuervergünſtigungen der Kriegsteilnehmer bei der demnächſt erfolgenden Reichsgeſetzgebung entſchieden werden würde.

Es folgt die erſte Beratung des Entwurfs eines

Ausführungsgeſetzes zum Reichsſiedlungsgeſetz.

Landwirtſchaftsminiſter **Braun**: Nachdem die Nationalverſammlung das Reichsſiedelungsgeſetz beſchloſſen hatte, hat das Miniſterium ſchnell gearbeitet. Der Vorwurf, daß dies Geſetz ſpät komme, iſt nicht berechtigt. Hochgeſpannte Hoffnungen, die ſeine Ankündigung erweckt hat, werden nicht erfüllt, der Landhunger der Bevölkerung nicht befriedigt werden können. In letzter Hinſicht bietet die größten Schwierigkeiten, daß der Landhunger nicht irgendeine beliebige Fläche, ſondern ein beſtimmtes Stück Land in der Nähe des Wohnortes des Siedlers verlangt. Die für die Siedlung erforderlichen Flächen ſollen die Domänen, ſoweit ſie nicht aus anderen Gründen für die Land- und Volkswirtſchaft zweckmäßig erhalten werden und der größte Privatbeſitz von über 160 Hektar liefern. Die notwendig werdenden Organiſationen werden wir in beſchleunigtem Verfahren durchführen. Die wichtigſte Aufgabe bleibt aber die Finanzierung des Geſetzes, ohne ſolche bleibe es ein nur auf dem Papier ſtehendes ſchönes Programm, das viele Hoffnungen weckt, aber nicht erfüllt. Dieſe Frage muß unbedingt gelöſt werden. Reich und Staaten werden erhebliche Mittel zu dieſem Zweck zur Verfügung ſtellen müſſen. Keine Anlage kann produktiv beſſer ſein, als die, die wir in den Dienſt der Siedlung ſtellen. Auch gibt es keine beſſere Gelegenheit, die deutſche Volkswirtſchaft für die Zukunft wieder aufzubauen. Das Geld, das für dieſen Zweck ausgegeben wird, dient zum Wiederaufbau des ganzen Volkes.

Dr. Schmittmann (Z.): Wir begrüßen es, daß die Vorlage ſich beſchränkt auf Betriebe, die geeignet ſind, und daß ſie eine angemeſſene Entſchädigung vorſieht. Vor allem müſſen bevölkerungspolitiſche Geſichtspunkte berückſichtigt werden.

Schümer (DDP.): Wir ſtimmen der Vorlage ohne weiteres zu.

v. Krieß (DNP.): Die Enteignungsbeſtimmungen widerſprechen der Reichsverfaſſung. Die Siedlungsverbände werden zu ſtark belaſtet, deshalb ſind eingehende Veränderungen nötig.

Mehrhoff (USP.): Wahren ſozialiſtiſchen Geiſt verrät dieſe Vorlage nicht.

Hell (DVP.): Eine großzügige Bodenreform iſt die Grundlage für den Wiederaufbau unſeres Wirtſchaftslebens.

Damit ſchließt die Beſprechung. Die Vorlage wird dem Siedlungsausſchuß überwieſen.

Es folgt die Beratung der Verordnung vom 10. März 1919 über die

Familiengüter (Fidei-Kommiſſe).

Graf Kanitz (DNP.): Die Regelung der Materie durch eine Notverordnung war nicht erforderlich.

Dr. Bernd (DDP.): Es handelt ſich hier nicht um altes Recht, ſondern um altes Unrecht. Dem konſervativen Antrage ſtimmen wir grundſätzlich zu und beantragen, die Friſt bis zum 1. April 1923 auszudehnen.

Mehrhoff (USP.) wendet ſich gegen die Ausführungen des Grafen Kanitz.

Die Abſtimmung ergibt die Annahme der Vorlage. Angenommen wurde gleichfalls der Antrag Bernd und gegen eine große Minderheit ebenfalls der Antrag Kanitz.

Es folgt die zweite

Beratung des Staatshaushaltsplans.

für die Verwaltung der direkten und indirekten Steuern. Dazu vorliegende Uranträge, Gronowski (Z.) auf Steuernachlaß für kinderreiche Familien, Adolf Hoffmann (USP.) auf Umgeſtaltung der Staatseinkommenſteuer, und Haas (SD) auf Einſchränkung aus Eingemeindung herrührenden Steuervorrechten werden ohne Ausſprache an den Ausſchuß verwieſen.

Hausſchild (SD.): Neue Steuerquellen können nicht ohne vorher erfolgte gründliche Steuerreform erſchloſſen werden. In Preußen iſt ſie ſchon lange nötig geweſen und der frühere Finanzminiſter Hergt hat ſie noch vor zwei Jahren zu verhindern gewußt. Trotzdem tritt er hier als Ordnungsmeſſias auf und gerade er hat in ſeiner Miniſterzeit nicht gewagt, den Kriegsgewinnlern durch Steuern auf den Leib zu rücken. Von dem Finanzminiſter Dr. Südekum erwarten wir eine weſentlich andere Steuerverteilung als früher und eine erheblich geänderte Progreſſion, durch die die großen Einkommen möglichſt ſcharf erfaßt werden. Den Antrag der Unabhängigen, der bereits an den Ausſchuß gegangen iſt, bekämpfen wir, da er von gar nicht zu verantwortenden Folgen begleitet ſein würde. Die Herabſetzung des ſteuerfreien Einkommens iſt infolge der Geldentwertung nicht mehr aufzuſchieben. Das Steuervorrecht der Beamten muß fallen. Das wünſchen die Beamten ſelbſt, wenn ihre Gehaltsverhältniſſe ſo geordnet werden, daß ſie leben können.

Goll (DDP.): Aus den jetzigen wirtſchaftlichen Zuſtänden kann man der heutigen Regierung keinen Vorwurf machen.

Dr. Kähler (DNP.): Die Kritik Hausſchildts an dem Finanzminiſter Hergt iſt unzutreffend.

Danach vertagt ſich das Haus auf Dienstag, 12 Uhr: Anträge, Weiterberatung. Schluß 5¾ Uhr.

Kunſt, Wiſſenſchaft und Leben.

Die Literariſche Geſellſchaft zu Hamburg eröffnet ihr diesjähriges Winterprogramm am Dienstag, 7. Oktober, abends 7 Uhr, im Conventgarten mit einem Vortrag von Profeſſor Dr. Benno Diederich über „Expreſſionismus und Bolſchewismus“. Karten für Nichtmitglieder zu ℳ 2 ſind bei Böhme, Alterwall 44, Glogau jr., Bleichenbrücke 6, Conrad Kloß, Dammtorſtraße 13 und abends an der Kaſſe zu haben.

Hans Thoma hat aus Anlaß ſeines 80. Geburtstages ſein Selbſtbildnis radiert: „Hans Thoma 80 Jahre“. Das meiſterhafte Blatt, gleichſam die Krönung von Thomas graphiſchem Werke, hat er E. A. Seemann in Leipzig in Verlag gegeben.

Hamburgiſche Univerſität. Die Vorleſung von Dr. Krauß über „Börſenweſen“ findet nicht vormittags, ſondern Montag, Donnerstag, Freitag, von 8 bis 9 Uhr abends, im Hörſaal C ſtatt. Beginn: 8. Oktober.

Bücher und Schriften.

„Die Weltbühne“, der Schaubühne 15. Jahr, Wochenſchrift für Politik, Kunſt, Wirtſchaft, herausgegeben von Siegfried Jacobſohn, enthält in der Nummer 41: Sie lügen weiter (von Heinrich Ströbel). Neuer Militarismus (von Ignaz Wrobel). Erinnerungen an Friedrich Naumann (von H. v. Gerlach). Frichart und Reinhard (von S. J.). Die Evangelien (von Egon Friedell). Botanik (von Alfred Polgar). Ich ſchnitt es gern.. (von Kaſpar Hauſer). Operationsbeginn (von Joachim Beck). Zwei Selbſtverleugner (von S. J.). Amerikaniſcher Kredit (von Georg Rothgießer). Rundſchau (von Rößler und Panter). Antworten. — Die „Weltbühne“ erſcheint wöchentlich und koſtet: 1 Mark die Nummer, 10 Mark vierteljährlich, 35 Mark jährlich. Probenummern koſtenfrei durch alle Buchhandlungen und Poſtanſtalten ſowie durch den Verlag der „Weltbühne“, Charlottenburg, Dernburgſtraße 25.

Parteinachrichten.

Die Fortſchritte der Sozialdemokratie am Oberrhein.

Die Bezirksorganiſation „Obere Rheinprovinz“ hielt am Sonnabend und Sonntag ihren Bezirksparteitag ab, der einen glänzenden Verlauf nahm. Dem Bericht des Bezirksſekretärs Körgiebel iſt zu entnehmen, daß die Bewegung im Bezirk einen großartigen Aufſchwung genommen hat. Trotz der großen Schwierigkeiten, die durch die Beſatzungsbehörden, beſonders im franzöſiſch und belgiſch beſetzten Teile des Bezirkes gemacht werden, iſt die Mitgliederzahl auf 40000 gegen 16000 im Jahre 1914 geſtiegen. Beſonders im Saargebiet iſt die Zunahme groß. Auch die Preſſe hat eine gewaltige Steigerung der Abonnenten erfahren. Die „Rheiniſche Zeitung“ in Köln erſcheint heute in 70 000 Exemplaren und außerdem ſind zwei neue Parteiblätter, die „Volksſtimme“ in Saarbrücken und die „Volkswacht“ in Trier erſchienen.

Mit der Entwicklung der Organiſation haben ſich auch die Kaſſenverhältniſſe gebeſſert. Die Einnahmen betrugen ℳ 54 337,35 gegen ℳ 19 265,47 im Vorjahr. Die Loslöſungsbeſtrebungen wurden ſcharf verurteilt und die Stellung der Partei durch folgende Entſchließung feſtgelegt:

Der Sozialdemokratiſche Parteitag der oberen Rheinprovinz (Regierungsbezirke Köln-Aachen, Koblenz-Trier) erklärt: Jeder Verſuch einer Löſung der Rheiniſchen Frage iſt aufs ſchärfſte zu verurteilen. Die Beteiligung an ſolchen Beſtrebungen iſt unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur Sozialdemokratiſchen Partei. Die breiten Maſſen der rheiniſchen Bevölkerung werden nach wie vor feſt entſchloſſen ſein, zur Bekämpfung von Putſchverſuchen alle ihnen zu Gebote ſtehenden Waffen zu benutzen. Die Sozialdemokratiſche Partei Deutſchlands erſtrebt die deutſche Einheitsrepublik und die Gliederung des Reiches in Provinzen mit weitgehender Selbſtverwaltung. Bei einer ſolchen Neugliederung iſt der Eigenart der Stämme und Landſchaften Rechnung zu tragen. Der Artikel 18 der neuen Reichsverfaſſung hat bei allen dahingehenden Beſtrebungen als Richtſchnur zu dienen.

Eine weitere Entſchließung richtet ſich gegen die Verſuche des Zentrums, alle leitenden Regierungsſtellen im Rheinlande mit Männern dieſer Partei zu beſetzen.

Jubiläum der „Leipziger Volkszeitung“.

Mit einer in dieſer Zeit der ſchweren Not beneidenswerten Papierfülle begeht die „Leipziger Volksztg.“, einſt die vornehmſte Tageszeitung unſerer Partei, jetzt Zentralorgan der „Unabhängigen“, den Tag ihres 25jährigen Beſtehens. Die Feſtnummer iſt außergewöhnlich ſtark und techniſch ſehr gut ausgeſtattet. Eine Fülle von Beiträgen, namentlich auch parteigeſchichtlicher Art, findet ſich darin, neben den unter der jetzigen Leitung unvermeidlichen Angriffen auf die alte Sozialdemokratie. Die „Leipziger Volksztg.“ hat zahlreiche Vorläufer während des Ausnahmegeſetzes gehabt, der letzte hieß „Der Wähler“ und hat ſich noch längere Zeit nach dem Fall des Geſetzes gehalten. Daher erfolgte die Gründung der „Volksztg.“ etwas ſpäter, als die der anderen großen Parteiblätter. Ihre Glanzzeit hinſichtlich der Redaktionsführung hat ſie unter Bruno Schoenlank gehabt, der ihr auch zu dem Ruhm verhalf, das journaliſtiſche Muſterblatt der Partei zu ſein. Lang, lang iſt's her!

Arbeiterbewegung.

Hamburg und Umgegend.

Die Angeſtellten der Hamburger Brotfabriken

ſind in eine Lohnbewegung getreten. Die Verhandlungen werden geführt zwiſchen dem Arbeitgeberverband des Einzelhandels und dem Zentralverband der Angeſtellten, Ortsgruppe Hamburg, Beſenbinderhof 57, Gewerkſchaftshaus.

Zur Lohnbewegung der Bauſchloſſer.

Die Bauſchloſſer von Hamburg, Altona und Wandsbeck nahmen am 1. Oktober in einer ſehr gut beſuchten Verſammlung Stellung zu den Antwortſchreiben der Innungen von Hamburg, Altona und Wandsbeck. Die Stellungnahme der Innungen, nur in Verhandlungen zu treten, wenn die Arbeiter auf die 10 ₰ für Außenarbeit verzichten und wenn die Akkordarbeit eingeführt wird, entfachte eine lebhafte Debatte, in der Langpap, Meyer, Liegmann, Neumann, Frank und Böck ſchärfſte Kritik übten an der provozierenden Haltung der Arbeitgeber. Folgende angenommene Reſolution kennzeichnet die Stimmung der Kollegen: Die am 1. Oktober 1919 in Bans Geſellſchaftshaus tagende Verſammlung der Bauſchloſſer, Maſchinenbauer und Autobetriebe weiſt das Angebot der Schloſſer- und Maſchinenbauerinnungen mit Entrüſtung zurück. Trotzdem iſt die Verſammlung bereit, die Angelegenheit dem Schlichtungsausſchuß zu überweiſen und baldmöglichſt eine Verhandlung einzuleiten. Sollte ſich auf dieſem Wege keine Einigung erzielen laſſen, werden die Kollegen zu den ſchärfſten Mitteln greifen, um ihre gerechten Forderungen zur Durchführung zu bringen.

Tarifabſchlüſſe im Hamburger Großhandel.

Der Tarifvertrag in der Fachgruppe Außenhandel (Im- und Export) iſt abgeſchloſſen und liegt zur Einſicht aus beim Zentralverband der Angeſtellten, Sekretariat Großhandel, Beſenbinderhof 57, Zimmer 70.

Deutſches Reich.

Keine weitere Ausdehnung des Berliner Metallarbeiterſtreiks.

Der Metallarbeiterſtreik in Berlin hat in den beiden letzten Tagen keine weitere Ausdehnung erfahren. Der Streik in der Hauptwerkſtatt der Großen Berliner Straßenbahn iſt ſchon Donnerstag nachmittag wieder zu Ende geweſen. Der unabhängige Abg. Brühl iſt nach ſechsſtündiger Haft freigelaſſen worden, die anderen Verhafteten dagegen noch nicht. Die Streikleitung hatte dieſer Tage öffentlich mitgeteilt, daß die Unternehmer ſich nicht ſcheuen, bei Ausſperrungen auch Lehrlinge auszuſperren. Nun ſchreibt eine Maſchinenfabrik in Lichtenberg dem „Vorwärts“, daß dort die Arbeiter, als ſie die Arbeit niedergelegt hätten, die Lehrlinge, trotz des Proteſtes des Unternehmers, mit herausgezogen haben. Auffallend iſt es übrigens, daß die „Freiheit“ bereits im Freitag-Abendblatt ganz gegen ihre ſonſtige Uebung keinerlei Hetzereien wegen der geſtrigen Vorgänge treibt. Sie erwidert auch nichts auf die Feſtſtellung des „Vorwärts“ von heute früh, daß ſie es unterlaſſen habe, ſich über die Richtigkeit der Nachricht zu vergewiſſern, daß die verbotenen Verſammlungen geſtattet ſeien.

Der Metallarbeiterverband hat beim Reichsarbeitsminiſter vorgeſchlagen, daß die Arbeitgeber und Arbeiter jeder einzelnen Lohngruppe ohne unparteiiſchen Vorſitzenden gruppenweiſe verhandeln ſollen. Es ſei für die Metallarbeiter unmöglich, ſich bedingungslos im voraus einem Schlichtungsausſchuß zu unterwerfen. Für Verhandlungen gemäß dieſem Vorſchlag ſei der Verband ſofort bereit, die notwendigen Vertreter zu nennen.

Internationales.

Internationale Konferenz der Staats- und Gemeindearbeiter.

Der Hauptvorſtand des holländiſchen Gemeindearbeiterverbandes beruft zum 20. Oktober eine internationale Konferenz nach Amſterdam ein.

Ein Proteſt des elſäſſiſchen Gewerkſchaftsbundes.

Wie dem „Vorwärts“ gemeldet wird, proteſtierte der elſäſſiſche Gewerkſchaftsbund gegen die Behauptung franzöſiſcher Blätter, daß der lothringiſche Bergarbeiterſtreik mit deutſchem Geld inſzeniert worden ſei.

Bäckerſtreik in Holland.

Der holländiſche Bäckerverband iſt an die Unternehmer mit Forderungen herangetreten; es wird die 45ſtündige Arbeitswoche verlangt und ein Minimallohn je nach der Klaſſe, der die betreffende Stadt zugeteilt iſt. Der Minimallohn ſoll betragen bei Klaſſe I 33 Gulden, Klaſſe II 30 Gulden, Klaſſe III 28 Gulden. Da das Angebot der Unternehmer hinter dieſen Forderungen bedeutend zurückbleibt, iſt ein Streik der Bäckereiarbeiter in den größeren Städten des Landes nicht ausgeſchloſſen.

Buchdruckerſtreik in der Weſtſchweiz.

Die Buchdrucker in der Weſtſchweiz haben eine Kollektivkündigung eingereicht. Sie fordern Gleichſtellung mit den Arbeiterlöhnen in der deutſchen Schweiz. Die Unternehmer verhalten ſich ablehnend. Der Streik erſcheint unvermeidlich.

Schweizeriſcher Unternehmervorſtoß gegen die 48-Stundenwoche.

Für die Reaktion in der Schweiz iſt es bezeichnend, daß der Antrag weſtſchweizeriſcher Induſtrieller, ein Geſetz gegen die 48-Stundenwoche und auf Einführung der Schutzhaft gegen Bolſchewiſten, über 50 000 Unterſchriften erhalten hat, ſo daß dieſer Geſetzentwurf von der Regierung eingebracht werden muß.

Zum engliſchen Eiſenbahnerſtreik.

Wie die „Times“ melden, hat die Delegation der Transportarbeiter dem Premierminiſter gegenüber erklärt, ſie werde ihren ganzen Einfluß gegenüber der Leitung der Eiſenbahner aufbieten, um ſie zur Annahme der Bedingungen der Regierung zu bewegen. Thomas, der die übrigen Gewerkſchaften am Mittwoch zum Sympathieſtreik aufgefordert hatte, erklärt jetzt, daß er für die Begrenzung des Konflikts arbeite. Auch Smillie ſprach ſich mit Rückſicht auf die Intereſſen des Landes gegen den Generalſtreik aus. Die Regierung hatte mit den Vereinigten Staaten die Lieferung von 100 000 Tons Bunkerkohle vereinbart. England ſtellt den Schiffsraum dafür zur Verfügung. Wie die „Times“ weiter behaupten, verkehrten am Mittwoch 2000 Züge, doppelt ſoviel, wie am Tage zuvor. Der Vorſitzende der engliſchen Arbeiterpartei forderte in einem Telegramm an Lloyd George die Einberufung des Parlaments.

London, 8. Oktober. Reuter. Amtlich wird bekanntgegeben, daß die Konferenz zwiſchen dem Premierminiſter und den Eiſenbahnern vertagt wurde. Nach der Konferenz erklärte Thomas in einer Unterredung, jetzt, wo beide Parteien zuſammengekommen, ſei es Pflicht, die Verbindung nicht abzureißen, bis eine Einigung erzielt ſei. Auf die Frage, ob der Streik für beendet erklärt ſei und ob die Arbeiter die Arbeit wieder aufnehmen, hat Thomas, keine Fragen mehr an ihn zu richten.

„Bei allen eigenen Sorgen wollen wir doch derer unſerer Volksgenoſſen nicht vergeſſen, die in den Grenzmarken Haus und Herd, Brot und Beruf verloren haben. Dieſen unſeren heimatlos gewordenen Brüdern und Schweſtern neben der ſtaatlichen auch mit perſönlicher Hilfe beizuſtehen, ſoll eine Ehrenpflicht aller derer ſein, denen im Innern des Landes das eigene Heim verblieben iſt. Möge jeder Deutſche helfen, die Not der um ihres Deutſchtums willen vertriebenen Flüchtlinge zu lindern.“

Ebert

Reichspräſident.

Hamburger Staatsangelegenheiten.

Erſatzwahlen zum Senat.

Das „Fremdenblatt“ ſchreibt: In ſeiner Eigenſchaft als Präſident des Landesfinanzamtes und ſomit als Reichsbeamter würde Herr Senator Dr. Schaefer aus dem Senat auszuſcheiden haben. Da wahrſcheinlich auch Herr Senator Dr. Peterſen infolge ſeiner Wahl zum Vorſitzenden der Fraktion der Deutſchen Demokratiſchen Partei von Hamburg fortgehen wird, ſo haben wir in nächſter Zeit zwei Wahlen in den Senat in Ausſicht.

Schaffung eines hamburgiſchen Heizamts.

Wie wir hören, iſt auf Antrag des Kriegsverſorgungsamts ein hamburgiſches Heizamt geſchaffen, das ſich unter Vorſitz eines Senatsmitgliedes zuſammenſetzt aus je einem Vertreter des Kriegsverſorgungsamts, der Baudeputation und der Gaswerke.

Das neue Heizamt ſoll vorläufig insbeſondere die Kontrolle über die Beheizung der ſämtlichen ſtaatlichen Gebäude ausüben. Später werden ihm vorausſichtlich weitere Aufgaben übertragen werden.

Tages-Bericht.

Freitag, den 3. Oktober 1919.

Hamburg.

Nur durch produktive Arbeit iſt den Erwerbsloſen gedient.

Der Vertrauensmann der erwerbsloſen techniſchen Angeſtellten (Neunerkommiſſion) ſchreibt uns:

In der letzten Verſammlung der erwerbsloſen techniſchen Angeſtellten hat das Bürgerſchaftsmitglied Herr Frings die Anweſenden aufgefordert, Vorſchläge zu machen, auf welche Weiſe das Erwerbsloſenproblem gelöſt werden kann. Hierauf bezugnehmend und auf Grund nachſtehender Erwägungen tritt die Neunerkommiſſion der erwerbsloſen techniſchen Angeſtellten an die Bürgerſchaft und an den Senat mit zwei Vorſchlägen heran, die nach Meinung derſelben geeignet ſind, nicht nur einer ſehr großen Zahl von erwerbsloſen Kopf- und Handarbeitern ſowie auch Seeleuten Arbeit zu verſchaffen, ſondern die brennendſte Frage, die Brennſtoffnot, zu lindern und den Wiederaufbau unſerer Handelsflotte in energiſcher Weiſe in Angriff zu nehmen und durchzuführen. Die Neunerkommiſſion iſt der Anſicht, daß das Arbeitsloſenproblem auf der bisherigen Art und Weiſe durch Gewährung von unproduktiven Geldmitteln nicht gelöſt werden kann. Die Zahl der Arbeitsloſen hat jedenfalls ihren Höhepunkt noch nicht erreicht, eine große Zahl der heimkehrenden Kriegsgefangenen wird wohl ſtellungslos bleiben, dazu kommt der Abbau der Reichswehr ſowie der Marine, weitere Vermehrung der erwerbsloſen Seeleute, Hochſeefiſcher und Binnenſchiffer, wenn gemäß den Friedensbeſtimmungen die Hälfte unſerer Handelsdampfer von 1000 bis 1600 Tonnen, ¼ unſerer Hochſeefiſcherflotte und ¼ unſerer Binnenſchiffe abgeliefert werden ſollen. Die Zahl der techniſchen Stellungsloſen hat entgegen der allgemeinen Annahme ſeit dem 1. September nicht nur keine Abnahme erfahren, ſondern iſt noch um 25 pZt. geſtiegen. Weder der Hamburger Staat noch das Reich werden in der Lage ſein, das Erwerbsloſenproblem finanziell löſen zu können, wenn nicht in großzügiger Weiſe in Zukunft Mittel dafür aufgebracht werden, das Arbeitsloſenheer zur Schaffung produktiver Werte zu verwenden. Nach unſerer Meinung wird wohl jedes Mitglied der Bürgerſchaft und des Senats unſerer Auffaſſung beiſtimmen. Wenn das der Fall iſt, bitten wir, unſere Vorſchläge zu prüfen, und wenn an ſich deren Ausführbarkeit feſtſteht, in dieſem Falle dem Ja nicht das verhängnisvolle Wörtchen „aber“, ſondern das tatenfrohe „alſo“ folgen zu laſſen und deren Ausſpruch Folge zu geben. Wo ein Wille iſt, iſt auch ein Weg!

Die Schraube ohne Ende!

Eine weitere Erhöhung der Preiſe für Zeitungsdruckpapier iſt erfolgt. Durch Bekanntmachung der Reichsſtelle für Druckpapier vom 29. September 1919 ſind die Preiſe für Zeitungsdruckpapier für das vierte Vierteljahr 1919 gegenüber den bisherigen Preiſen um ℳ 18,50 erhöht worden. Gleichzeitig iſt der den Beziehern von den Herſtellern bisher gewährte Kaſſenſkonto von 2 pZt. in Fortfall gekommen. Die Preiserhöhungen, die von den Herſtellern mit erheblichen Preisſteigerungen für Kohle, Rohſtoffe (Papierholz, Zellſtoff, Holzſtoff) und Arbeitslöhne begründet worden ſind, ſind nach langwierigen, unter Leitung des Reichswirtſchaftsminiſteriums vor ſich gegangenen Verhandlungen von den Vertretern der Verlegerverbände zugeſtanden worden.

Zur Heimkehr unſerer Kriegsgefangenen und Zivilinternierten.

Aus Cuxhaven wird gemeldet, daß die für die Gefangenenheimholung aus England beſtimmten Dampfer „Melilla“ und „Villareal“ geſtern abend ausgefahren ſind. Der Dampfer „Bagdad“ fährt heute nachmittag ab.

Das Zentralkomitee vom Roten Kreuz, Abteilung Flüchtlingsfürſorge, teilt mit: In Rotterdam wird, wie bereits gemeldet, für den 6. Oktober der Dampfer „Pocohantas“ von New York und für den 8. Oktober der Dampfer „Ypiranga“ aus Auſtralien mit 848 Männern, 60 Frauen und 42 Kindern erwartet.

Nehmt Kartoffeln für den Winter ein!

Das Kriegsverſorgungsamt hat jetzt die Preiſe für die auf Vorrat einzunehmenden Winterkartoffeln feſtgeſetzt. Der Zentner ſoll koſten ℳ 12,50, falls die Kartoffeln ab Bahn, Kahn oder Lager, ℳ 14 für den Zentner, falls ſie frei Haus oder Lager des Verbrauchers geliefert werden. Dazu kommt im letzteren Falle eine ſogenannte „Treppenvergütung“ von 10 ₰ je Treppe und Zentner. Im Falle des Bezuges von einem Erzeuger innerhalb des Stadtgebietes ſollen die Kartoffeln ab Lager des Erzeugers ℳ 9 koſten.

Die Einnahme von Kartoffeln kann jedem im eigenen Intereſſe nur immer wieder dringend angeraten werden, damit der Verbraucher ſich von den unregelmäßigen Zufuhren des Kriegsverſorgungsamtes unabhängig macht.

Außerordentliches Kriegsgericht.

Ein Rädelsführer bei den Unruhen am 25. Juni ſoll der wegen Aufruhrs angeklagte, häufig beſtrafte Handelsmann Adolf Silberer geweſen ſein. S., der ſich als überzeugter Revolutionär bezeichnet, wollte im Februar 1919 eine Rolle im Arbeiter- und Soldatenrat ſpielen, wurde aber wegen ſeines unzuverläſſigen Verhaltens bald aus dieſer Körperſchaft entfernt. In der jetzigen Verhandlung wird er beſchuldigt, am 25. Juni überall, wo ſich revolutionäre Umtriebe ereigneten, eine führende Rolle geſpielt zu haben. Am Rödingsmarkt ſoll er die Menge organiſiert, Abteilungen nach dem Rathausmarkt, nach dem Hauptbahnhof und auch nach dem Stadthaus beordert haben. Auf dem Stadthauſe ſoll er auch die Menge bewaffnet haben. Im Auto ſoll er in der Stadt umhergefahren ſein, um überall dabei zu ſein, wo Exzeſſe verübt wurden. Am Nachmittag iſt Silberer mit einer bewaffneten Horde in einem Fahrradgeſchäft erſchienen und veranlaßte den Inhaber, ihm, allerdings gegen eine Quittung, vier Fahrräder auszuhändigen. Dieſe will er benutzt haben, um ſtets mit dem Stadthaus in Verbindung zu ſein. Später iſt er vor der Gnadenkirche erſchienen, wo er Stellung gegen die dort gefangen gehaltenen Bahrenfelder genommen haben ſoll. Der Angeklagte beſtreitet jegliche ſtrafbare Handlung und behauptet, überall ſchützend hervorgetreten zu ſein. Bereits in der Nacht zum 25. Juni ſei er am Großneumarkt gegen Plünderer eingeſchritten. Die auf ſeine Veranlaſſung erſchienenen Schutzleute hätten aber nichts ausrichten können, jedoch ſei es ihm gelungen, den Plünderern die Sachen abzunehmen und mit drei Leuten zur Wache zu ſchaffen. Ebenſo ſei es ihm gelungen, am 25. Juni die beabſichtigte Erſtürmung einer Kriegsküche zu verhindern, und als es bei dieſer Gelegenheit hieß, die Bahrenfelder in der Gnadenkirche ſollten erſchoſſen werden, ſei er dorthin hingeeilt, um es zu verhindern. Er habe den Standpunkt vertreten, daß nur Plünderer erſchoſſen werden ſollten. Aus den Ausſagen der Zeugen ergibt ſich, daß es dem Angeklagten zwar zeitweilig gelungen war, Blutvergießen zu verhindern, daß ſein übriges Auftreten aber keinen Zweifel ließ, daß er als Anführer der revolutionären Menge auftrat. Der Anklagevertreter beantragte ſodann, den Angeklagten als Rädelsführer zu drei Jahren Zuchthaus zu verurteilen. Das Gericht ging über den Antrag hinaus und erkannte auf drei Jahre ſechs Monate Zuchthaus, fünf Jahre Ehrverluſt und Stellung unter Polizeiaufſicht. Bei der Strafabmeſſung ſei berückſichtigt, daß die vielen Todesfälle bei dem Aufruhr am 25. Juni mit auf das Schuldkonto des Angeklagten zu ſetzen ſeien.

Deutſcher Transportarbeiterverband, Abt. Seeleute.

In der Mitgliederverſammlung am Freitag, 3. Oktober, referierte Paul Müller über Zeit- und Streitfragen in der deutſchen Seemannsbewegung. Nach einleitenden Ausführungen äußerte ſich der Redner über die Vorgänge in den vergangenen Monaten ſeit Ausbruch der Revolution. Er bedauerte, daß ſich die große Maſſe der deutſchen Seeleute über den Ernſt der Lage noch immer nicht klar geworden iſt. Ein Teil der Berufsgenoſſen vernachläſſigt geradezu ihre Pflicht und bereitet den Führern Schwierigkeiten, deren Folgen auf die Seemannſchaft ſelbſt zurückfallen. Der Referent kritiſierte ſcharf das Verhalten der linksradikalen Elemente und vor allem die ganzen Machenſchaften des Seemannsbundes. Er betonte, daß deſſen Ausſagen gegen die Gewerkſchaft und ihn ſelbſt nichts als gemeine, verwerfliche Lügen ſind. Was in Wahrheit über das ganze Elend unſeres Berufes zu ſagen iſt, ſoll kurz angeführt werden. Der unglückliche Ausgang des Krieges war ſchuld an der Zertrümmerung des deutſchen Handels und der Schiffahrt. Mit dieſer Zertrümmerung iſt auch der deutſche Seemannsberuf ungefähr vor ein Nichts geſtellt. Wir werden beſtenfalls knapp dem zehnten Teil aller Seeleute Arbeitsmöglichkeit in ihrem Beruf geben können. Für etwa 60—65 000 unſerer Kollegen iſt in der nächſten Zeit kein Raum auf deutſchen Schiffen. Das iſt die nackte Tatſache, der wir ins Auge ſehen müſſen. Linksradikale Hetzer behaupten, wir haben die deutſche Handelsflotte an unſere Feinde verſchachert und bewirkt, daß die deutſchen Seeleute nach Ablieferung der Schiffe von Bord gejagt worden ſind. Zur Aufklärung kann ich mitteilen, daß gerade der Seemannsbund es war, der während unſerer Verhandlungen mit der Entente an dieſe ein Telegramm ſandte, daß die deutſchen Seeleute bereit ſeien, die Schiffe bedingungslos auszuliefern. Nach dieſer Ausſage war jedes Entgegenkommen ſeitens der Feinde unmöglich gemacht worden. Der Redner geht ſodann nach weiteren Darlegungen auf den wilden Streik, ſeine Urſachen und ſeinen Ausgang ein. Jetzt ſteht es ſchon außer Zweifel, daß dieſer Streik kläglich zuſammengebrochen iſt und auch zuſammenbrechen mußte, weil er nicht auf rechtlicher Grundlage ruhte. Er verfolgte in der Hauptſache keine wirtſchaftlichen, ſondern politiſche Ziele. Sofort nach endgültiger Erledigung des Streiks, den wir aus den angeführten Gründen ganz energiſch bekämpft haben, werden wir die unterbrochenen Tarifverhandlungen mit den Reedern wieder aufnehmen. Als neue Forderung müſſen wir dabei unbedingt den Organiſationszwang fordern, denn wenn wir Tarifverträge als freie Gewerkſchaft abſchließen, ſo ſollen auch nur die die Vorteile dieſer Verträge genießen, die freigewerkſchaftlich organiſiert ſind. Es muß von allen Berufsgenoſſen Einigkeit und Vertrauen zu ihren Führern verlangt werden. — Nach einer kurzen Ausſprache und einem Schlußwort des Referenten gelangte folgende Reſolution einſtimmig zur Annahme:

Entſchließung.

„Die am 3. Oktober verſammelten freigewerkſchaftlich organiſierten Seeleute und Fiſchdampfermannſchaften Hamburg-Altonas nehmen mit Befriedigung Kenntnis von den Erklärungen des ſeemänniſchen Reichsabteilungsleiters Paul Müller über Urheber, Urſachen, Verlauf und totalen Mißerfolg des verfloſſenen wilden ſyndikaliſtiſchen Teilſtreiks der Seeleute und Fiſchdampfermannſchaften. Der verfloſſene Teilſtreik war ein politiſcher, putſchartiger Streik, dem wirtſchaftliche Urſachen und Ziele nicht zugrunde lagen und durfte von freigewerkſchaftlich organiſierten Seeleuten weder gebilligt noch unterſtützt, ſondern mußte von ihnen ausdrücklichſt bekämpft werden.

Die Verſammelten billigen ausdrücklich die Haltung ihrer Gewerkſchaft gegenüber dieſem wilden politiſchen Teilſtreik des ſyndikaliſtiſchen Seemannsbundes, ſprechen ihrer Leitung vollſtes Vertrauen aus und erwarten, daß ſie nunmehr nach erfolgter Erledigung des Bündlerſtreiks die von der Reichsabteilung Seeleute des Deutſchen Transportarbeiterverbandes vor dem ſeemänniſchen Teilſtreik eingeleiteten Tarifreviſionsverhandlungen mit dem Zentralverein Deutſcher Reeder mit möglichſter Beſchleunigung zu einem für die tariftreuen freigewerkſchaftlich organiſierten Seeleute günſtigen Abſchluß bringt.

Der ſyndikaliſtiſche Seemannsbund iſt als ſeemänniſche Intereſſenvertretung nicht anzuerkennen.“

Kampf den Wucherpreiſen.

Notwendige Bedarfsartikel, wie Kleidungsſtücke, Schuhwerk, Feuerungsmaterialien und andere haben in den letzten Wochen wieder eine auffallende Preisſteigerung erfahren. Vornehmlich durch künſtliche Preistreiberei, wie ſie ſchon während der langen Kriegszeit von gewiſſenloſen Elementen mit Hochdruck betrieben wurde. Frecher als je zuvor wagt der Wucher ſich an die Oeffentlichkeit. Gewiß mögen auch Urſachen gegeben ſein, die eine Preisſteigerung rechtfertigen laſſen, aber nicht in ſo unverſchämtem Maße, wie wir es heute erleben. Das iſt Wucher graſſeſter Art, wogegen ſofort mit aller Rückſichtsloſigkeit eingeſchritten werden muß. Um nur einige Beiſpiele herauszugreifen: Iſt es wirklich gerechtfertigt, daß für fertige Anzüge heute M. 600 und mehr gefordert werden? Für Herrenſchnürſtiefel, die vor Aufhebung der Bezugsſcheinpflicht M. 64 koſteten, heute etwa M. 100 gefordert werden? Hierbei handelt es ſich nicht einmal um Qualitätsware. Wer verdient denn bei dieſen Fertigfabrikaten den ungeheuren Preisunterſchied? Es ſind zweifellos dieſelben Kräfte, die ſchon während der Kriegszeit das Volk in ſchlimmſter Weiſe ausgeplündert haben. Und die heute nicht wiſſen, wohin ſie mit dem vielen, ſo leicht erworbenen Gelde ſollen, die verpraſſen es, während der größte Teil unſeres Volkes voll banger Sorge dem Winter entgegengeht. Denn auch die Erſatzfeuerungsmaterialien, wie Holz und Torf ſind von Woche zu Woche im Preiſe geſtiegen. Für einen Zentner Buchenkloben werden heute ſchon bis M. 18 und mehr gefordert. So wird die chroniſche Kohlennot von Spekulanten ſkrupellos zur eigenen Bereicherung ausgenutzt. Und die unausbleibliche Folge dieſer endloſen Preistreiberei iſt, daß Arbeiter, Angeſtellte und Beamte zu weiteren Lohnforderungen gezwungen werden. Ein Keil treibt ſo den anderen und unſere Volkswirtſchaft ſtatt zu geſunden, wird rettungslos dem Ruin entgegengetrieben. Deshalb muß ſchleunigſt Wandel geſchaffen werden. Jedem Gewinn und Erwerb muß eine beſtimmte Leiſtung zugrunde gelegt werden. Legt den Wucherern ihr ſchmutziges Handwerk und wir werden am ſchnellſten wieder zu normalen volkswirtſchaftlichen Verhältniſſen kommen.

Bund der Arbeiter-Invaliden und ſonſtiger Erwerbsunfähigen Groß-Hamburgs.

Geſtern nachmittag fand im Gewerkſchaftshaus eine Maſſenverſammlung der Invaliden, Erwerbsunfähigen und Erwerbsbeſchränkten ſtatt. Zunächſt hatte Looſer das Wort. In ſeinem Thema: „Der Kampf um das Recht; was wir wollen“ ſchilderte der Redner eingehend die traurige Notlage, in der ſich die Invaliden und Erwerbsunfähigen, dieſe Aermſten der Armen, befinden. Es iſt kein politiſcher Kampf, der infolge dieſer Zuſtände geführt wird, es iſt der Kampf um ein ſoziales und wirtſchaftliches Exiſtenzminimum. An Senat und Bürgerſchaft ſind längere Eingaben gerichtet worden, in denen u. a. gefordert wird: Solange eine reichsgeſetzliche Regelung für die Erwerbsbeſchränkten nicht erfolgt iſt, übernimmt der Staat ſelbſtändig die Ausführung dieſer Fürſorge. Die Fürſorge ſoll ſich auf alle durch körperliche Leiden, Verſtümmelung, Krankheit und Siechtum länger als ſechs Monate Erwerbsunfähigen oder -beſchränkten erſtrecken. In längeren Ausführungen werden dann Forderungen geſtellt, die menſchlich und ſittlich nur allzu berechtigt ſind, deren Erfüllung aber immer noch auf ſich warten läßt.

Zu einem zweiten Referat: „Warum keine feſten Rentenerhöhungen, ſondern nur Teuerungszulagen auf kurze Zeit?“ knüpfte Meiſel an die Ausführungen des Vorredners an. Schon lange haben wir uns an Senat und Bürgerſchaft gewandt, aber bis jetzt noch keine Antwort erhalten. Wie lange ſoll noch gewartet werden, wo doch der Winter vor der Tür ſteht? Arbeiter und Angeſtellte haben eine der Zeit entſprechende Erhöhung ihrer Löhne und Entſchuldungsſummen erhalten; an uns iſt jedoch noch nicht oder jedenfalls in nur ſehr geringem Maße gedacht worden. Als Hauptforderungen werden aufgeſtellt einheitliche Regelung des geſamten Verſicherungsweſens, und zwar der Kranken-, Invaliden-, Unfall-, Mutterſchafts-, Witwen- und Waiſenverſicherung. Es muß ferner verlangt werden, daß der Weg von und nach der Arbeit als unfallberechtigt gilt. Wir appellieren an die geſamte geſunde Arbeiterſchaft, unſere Forderungen ſind auch letzten Endes die ihrigen.

Folgende Entſchließungen gelangen darauf zur Annahme:

1. Die heute im Gewerkſchaftshaus tagende öffentliche Verſammlung der Invaliden, Arbeitsunfähigen und -beſchränkten fordert vom Senat und von der Bürgerſchaft Hamburgs unverzüglich Maßnahmen, um die ſchreiende Notlage der Invaliden, Erwerbsunfähigen und Erwerbsbeſchränkten, ob Rentenempfänger oder nicht, zu lindern. Insbeſondere verlangt ſie tatkräftige Unterſtützung ihrer Forderungen von den berufenen Vertretern der Arbeiterſchaft, die in Senat und Bürgerſchaft ſitzen.

2. Die heutige Verſammlung appelliert an das Solidaritätsgefühl der geſamten Hamburger Arbeiterſchaft. Sie fordert von allen Proletariern ohne Unterſchied der Parteizugehörigkeit, ihre Invaliden und alten Klaſſengenoſſen im Kampfe um ihre Befreiung aus der Tiefe des ſozialen Elends auf das Tatkräftigſte zu unterſtützen. Sie mögen bedenken, daß der Kampf um die wirtſchaftliche Sicherſtellung aller Invaliden und Erwerbsunfähigen letzten Endes auch ihnen zugute kommt. Denn die ausreichende Verſorgung der kranken, alten und invaliden Arbeiter ſowie der Arbeiterwitwen und Waiſen iſt der Kernpunkt der ganzen ſozialen Fragen.

An der nachfolgenden Ausſprache beteiligen ſich u. a. Wöller, Leuteritz und Zabel, die ſich alle für die volle Durchſetzung der vorgebrachten Forderungen bekennen. Seitens Anhängern der U. S. P. wird mehrfach verſucht, die Debatte auf das Politiſche hinüberzuziehen, was von der Verſammlungsleitung zurückgewieſen wird, in der richtigen Erkenntnis, daß dadurch nur ihre berechtigten Anſprüche getrübt würden.

Das „Echo“ wird wieder homogen. Unter dieſer Ueberſchrift beſpricht das hieſige Kommuniſtenorgan die ihm durch die „Volkszeitung“ bekanntgewordene Tatſache, daß Genoſſe Schiller aus unſerer Redaktion ausgeſchieden iſt. In beiden geſinnungsverwandten Blättern wird daraus die Schlußfolgerung gezogen, daß der Geiſt Stoltens geſiegt und Schiller verdrängt habe. Wie alle Legenden ſteht auch dieſe mit der Wahrheit nicht in Einklang. Genoſſe Schiller hat ſelbſt ſeinen Austritt ſchriftlich damit begründet, daß ihm die Reorganiſation der „Echo“-Redaktion, wie ſie nach der Beſprechung in der Landesverſammlung erfolgen ſoll, nicht zuſage, weil er ſich davon kein gedeihliches Zuſammenarbeiten verſprechen könne. Wenn die „Kommuniſtiſche Arbeiterzeitung“ noch ſchreibt, „für die Kommuniſten ſei trotz aller Meinungsverſchiedenheiten ein Zuſammenarbeiten mit dem Redakteur Schiller möglich geweſen“, ſo wollen wir ihr dieſen Glauben nicht rauben. Sie hat aber nicht im mindeſten recht, wenn ſie das Ausſcheiden des Genoſſen Schiller mit einem politiſchen Richtungswechſel des „Echo“ in Verbindung bringt. Denn unſere Richtung bleibt ſachlich ſo weit links, wie ſie immer geweſen iſt. Und was die „Volkszeitung“ über das „Echo“ zuſammen„klärt“, iſt erſt recht Unſinn. Sie ſoll ſich an der eigenen Naſe zupfen. Denn von Homogenität (Einheitlichkeit) iſt in ihrer Leitung, weiß Gott, noch nichts zu ſpüren geweſen.

Die Frage nach der Brotverſorgung iſt zweifellos die wichtigſte Frage, die der Bevölkerung bei der diesjährigen Volkszählung geſtellt wird. Es iſt unbedingt erforderlich, daß alle Perſonen erfaßt werden, die am Zählungstage im hamburgiſchen Staat anweſend ſind oder ihren ſtändigen Wohnſitz hier haben, wenn ſie auch am Zähltage vorübergehend aus ihrer Haushaltung abweſend ſind. Keine Perſon, auch kein Säugling, darf übergangen werden. Es werden künftig nur für ſo viel Perſonen Lebensmittel zugeteilt werden, als durch die Zählung feſtgeſtellt werden. Für jede unermittelt bleibende Perſon wird der dieſer Perſon zukommende Teil an der zu verteilenden Lebensmittelmenge fehlen. Es kann daher allen Haushaltungen und einzeln lebenden Perſonen, denen etwa irrtümlicherweiſe ein Volkszählungsbogen nicht zugeſtellt werden ſollte, nur dringend angeraten werden, ſich einen Zählbogen beim Statiſtiſchen Landesamt am Kloſterwall oder bei einer der in den einzelnen Stadtteilen für die Volkszählung errichteten beſonderen Geſchäftsſtellen abzufordern. Die Lage der Geſchäftsſtellen iſt aus der Bekanntmachung an den Anſchlagſäulen zu erſehen.

Zwiſchen dem unbeſetzten Deutſchland und der belgiſchen Zone der beſetzten deutſchen Rheingebiete können von jetzt an in beiden Richtungen auch verſchloſſene Briefe in Privatangelegenheiten jeder Art befördert werden. Die beſonderen Vorſchriften über den Poſtverkehr mit der belgiſchen Zone (Spalte 14 des vom Reichspoſtminiſterium veröffentlichten Merkblattes), die unverändert beſtehen bleiben, gelten, ſoweit ſie für den Briefverkehr in Betracht kommen, auch für dieſe Privatbriefe.

Neue Einreiſebeſtimmungen für das belgiſche Beſatzungsgebiet. Perſonen, die in die belgiſche Beſatzungszone einreiſen wollen, haben ſich zunächſt bei der zuſtändigen Polizeibehörde einen Reiſepaß zu beſorgen. Sie richten ſodann ein Geſuch in deutſcher und franzöſiſcher Sprache an das Verkehrskommiſſariat in Düſſeldorf. Dem Geſuch ſind beizufügen: 1. Zwei Lichtbilder, 2. drei Mark Gebühren und 3. eine polizeiliche Beſcheinigung, daß der Geſuchſteller nicht bolſchewiſtiſcher Geſinnung iſt.

Eine Bekanntmachung über Höchſtpreiſe für auf Vorrat zu liefernde Kartoffeln veröffentlicht das Hamburgiſche Kriegsverſorgungsamt im Anzeigenteil dieſer Ausgabe.

Die Direktion der Gaswerke erſucht uns, alle Gasverbraucher darauf aufmerkſam zu machen, daß die beiden Verbrecher, welche ſich als Angeſtellte der Gaswerke ausgeben, ihr Unweſen nicht in dem Maße treiben könnten, wenn die Bevölkerung gemäß § 6 der Gaslieferungsbedingungen nur den mit Dienſtmütze und Ausweis der Gaswerke verſehenen Angeſtellten Zutritt zu den Gasmeſſern geſtatten würden. Die Gasverbraucher ſollten daher unbekannten Perſonen, auch wenn dieſe in Dienſtmütze mit Abzeichen der Gaswerke ſich als Angeſtellte der Gaswerke vorſtellen, nur dann Glauben ſchenken, wenn ſie außerdem einen von den Gaswerken abgeſtempelten Ausweis vorzeigen können.

Herr Chriſtian Sorgenfrei, Mitglied des Arbeiterrats, und Herr Hans Sorgenfrei, Kaufmann, beide wohnhaft Hamburg 22, Vogelweide 19, erſuchen uns mitzuteilen, daß beide mit den Verhafteten in Sachen Falſchmünzerbande nicht identiſch ſind.

Hamburger Ferienkinder auf Sylt verunglückt. Wie der „N. H. Ztg.“ aus Weſterland gemeldet wird, machten ſich Hamburger Ferienkinder bei einem Ausfluge nach Liſt mit einer angetriebenen Mine zu ſchaffen. Dabei explodierte dieſe, wodurch zwei Knaben, Lampe und Hollmann, ſofort getötet, zwei andere Kinder ſchwer verletzt wurden.

Der Tod auf den Schienen. Am Donnerstag zur ſpäten Abendſtunde fand man auf der Lombardsbrücke zwiſchen den Schienen des Fernzuges den zerteilten Körper eines unbekannten Mannes. Die buchſtäblich in zwei Stücke zermalmte Leiche wurde ins Totenhaus beim Hafenkrankenhaus befördert. Dort ſtellte man am Freitag feſt, daß der Tote der 35 Jahre alte Oberſteward Georg Lichtenſtein aus Berlin iſt. L., der hier in der Capellenſtraße wohnte, hatte durch den Krieg alles verloren. Da er ſeinen Beruf nicht wieder aufnehmen konnte, kam er in Schulden und da er keinen Ausweg mehr ſah, ſuchte er den Tod, den er nun auf den Schienen gefunden hat.

Zwei unbekannte Einlogierer haben Friedrichsſtraße 57 einen Diebſtahl ausgeführt. Es wurden dort eine goldene Uhr, Stiefel und Kleidungsſtücke geſtohlen. Der eine Unbekannte trug Zivilkleidung, während ſein Begleiter in feldgrauer Uniform ging.

Lebensmitteldiebe waren an mehreren Stellen tätig. Bramfelderſtraße 8 a erbeuteten Einbrecher 600 Kilogramm weißes Mehl und nahmen außerdem zwei Mädchenmäntel mit. — Am Langenfelderdamm 15 haben Lebensmitteldiebe Butter, Kakao und Kaffee geſtohlen.

Luftklappendiebe haben ſich an der Wandsbeckerchauſſee 66 bemerkbar gemacht. Dort wurden Kleidungsſtücke, Stoffe, Taſchentücher, Gardinen und Wäſcheſtücke von größerem Werte geſtohlen.

Zwei Ausbrecher werden von der Kriminalpolizei geſucht. Während des Transportes von Stade nach Celle brachte man die beiden Gefangenen Otto Deider, geboren am 14. Mai 1898 zu Stellungen, und Heinrich Förſter, geb. am 5. April 1900 zu Hamburg, in das Harburger Gefängnis. Dort gelang es den beiden Gefangenen, auszubrechen. Deider iſt bereits als Ausbrecher bekannt, während Förſter noch ein Neuling in derartigen Extrafahrten iſt. Da beide hier in Hamburg wohnten, nimmt man an, daß ſich die Ausbrecher wieder nach hier wenden werden, um ſich hier zu verbergen.

Ein Mann, der alles zu Tränen rührte, erſchien heute morgen in der Polizeiwache 44 in der Kirchenallee. Der Unbekannte hatte einen Behälter bei ſich, der anſcheinend zerbrochen war und aus dem eine dunkle Flüſſigkeit durchſickerte. Er gab an, daß er den Behälter mit der Flüſſigkeit in ſeinem Schornſtein gefunden habe. Während der Erzählung rollten nicht nur dem Ueberbringer des eigenartigen Behälters, ſondern auch den Beamten der Wache die Tränen über die Wangen. Der Inhalt des Behälters beſtand anſcheinend aus Reizgas. Während die Beamten ſich ordentlich nach Herzensluſt ausweinen konnten, wurde der ſeltſame Gaſt an die friſche Luft befördert. Auf der Straße rührte er die mit ihm in Berührung gekommenen Perſonen gleichfalls zu Tränen. Als dieſe ihn für dieſe weinerliche Stimmung gehörig verprügeln wollten, ſuchte der Unbekannte das Weite.

Altona und Umgegend.

Achtung, Parteigenoſſen!

Heute iſt der letzte Tag vor der Wahl.

Es gilt heute alſo, die Säumigen aufzurütteln. Die Wahl muß durch eine größere Beteiligung impoſanter werden, als es vorigen Sonntag der Fall war. Das Bürgertum, das ſich um ſeine Wahlaufſätze ſtreitet, wird auf dem Poſten ſein. Tun wir es ihm zuvor.

Bei dem Wahlaufſatz Warburg geht der Kampf um alle drei Kandidaten, bei dem Wahlaufſatz Groth geht es bis jetzt um Groth und Struck, während man vom dritten, dem Fabrikanten Hormann, bis jetzt noch nichts gehört hat.

Einen Kampf um die vier ſozialdemokratiſchen Wahlaufſätze wird es infolge der Diſziplin ſozialdemokratiſcher Wähler nicht geben. Hier iſt der zweite und dritte Kandidat des einzelnen Wahlaufſatzes kaum einmal bekannt, deswegen werden die ſozialdemokratiſchen Wähler unverändert den Stimmzettel abgeben mit den Namen:

Thomas, Zänker, Sievert, Lund.

Die Wahlzeit iſt vor 9 bis 5 Uhr.

Wer über 20 Jahre alt iſt, ob Mann oder Frau, iſt wahlberechtigt.

Ausſchneiden.

Wahllokale für die am 5. Oktober von 9 bis 5 Uhr ſtattfindenden Wahlen der unbeſoldeten Senatoren.

Stimmbezirk	Wahllokal	Stimmbezirk	Wahllokal
1	H. Cordts, Gr. Elbſtr. 176	47a	A. Deßler, Gr. Bergſtr. 229
2	F. Zander, Breiteſtr. 151	48	H. Maack, Gr. Bergſtr. 271
3	H. Steenbuck, Fiſchmarkt 7/9	49	H. Schnaack, Gerichtſtr. 49
4	J. Müller, Hafenſtr. 45	49a	W. Ehlers, Leſſingſtr. 40
5	J. Maack, Palmaille 2	50	A. Albers, Steinſtr. 64
6	A. Köhn, Kirchenſtr. 27	51	E. Müller, Steinſtr. 74
7	Bäckerinnungshaus, Hoheſchulſtr. 14	52	A. Carſtens, Bürgerſtr. 106
8	Altonaer Hof, Königſtr. 211	52a	G. Heinſohn, Bürgerſtr. 61
9	G. Neuhof, Königſtr. 291	53	J. Bredfeldt, Blumenſtr. 41
10	W. Hühn, Gr. Bergſtr. 242	54	A. Eckhoff, Hoſpitalſtr. 1
11	A. Müller, Gr. Bergſtr. 207	55	H. Quaſt, Allee 118
12	W. Scholing, Gr. Weſterſtr. 39	55a	H. Waller, Allee 122/124
13	O. Schmidt, Mörkenſtr. 74	56	D. Boß, Holſtenſtr. 132
14	H. Stichler, Hochſtr. 29	57	F. Florſtedt, Rainweg 164/166
15	W. Dürkop, Kl. Bergſtr. 18	58	Fr. Heuer, Holländ. Reihe 69
16	W. Bode, Rathausmarkt 12	58a	K. Helwege, Neumühlen 5
17	H. Meyer, Gr. Bergſtr. 138	59	Johs. Brinkmann, Rotheſtr. 36
18	M. Hildebrandt, Große Freiheit 38	59a	H. Mahnke, Lobuſchſtr. 24
19	Carl Meyer, Kl. Freiheit 40	60	P. Lohrmann, Gr. Brunnenſtraße 16
20	Hüttgard, Gählersplatz 15	61	H. Wörmer, Bahrenfelderſtraße 55
21	F. Vollmer, Gählersplatz 10	62	J. Kraus, Kronprinzenſtr. 2/4
22	J. Millfahrt, Gr. Rooſenſtraße 65/67	62a	Chr. Bai, Clausſtr. 27
22a	Kreyenbrink, Gr. Gärtnerſtraße 5/7	63	Ad. zur Horſt, Arnoldſtr. 78
23	R. Grünberg, Adolfſtr. 34	63a	A. Fricke, Große Brunnenſtraße 39/41
23a	C. Gimpel, Konradſtr. 59	64	W. Bilipp, Eulenſtr. 77
24	A. Dieſtelhorſt, Gerritſtr. 35	64a	Otto Siemens, Fiſchers Allee 76
25	Seidel, Gählersplatz 11	65	Fr. Lund, 1. Bornſtr. 9
26	Kruſe, Gr. Rooſenſtr. 108	66	H. Garbs, Gr. Brunnenſtr. 119
27	W. Kücker, Lerchenſtr. 55	66a	H. Derichs, Friedensallee 57
28	C. Holſten, Adolfſtr. 163	67	H. Heydorn, Bahrenfelderſtraße 124
29	A. Heuck, Gr. Gärtnerſtr. 147	68	Fr. Kalthoff, Bismarckſtr. 13
30	Georg Schmidt, Beim grünen Jäger 20	69	W. Andreſen, Gr. Carlſtr. 100
31	P. Lohmann, Juliusſtr. 16	70	Alb. Schröder, Lagerſtr. 11
32	H. Tröbs, Hamburgerſtr. 2	70a	A. Schmidt, Gr. Rainſtr. 91
33	L. Hieſener, Hamburgerſtr. 24	71	R. Rooß, Bahrenfelderſtraße 211
33a	Sievers, Kl. Gärtnerſtr. 141	72	C. Pump, Bahrenfelderſtraße 221
34	E. Thönert, Eimsbüttelerſtraße 50	72a	Bötticher, Siemensſtr. 20
34a	Guttempler-Logenhaus, Sommerhuderſtr. 14	72b	Ferd. Buck, Hohenzollernring 140
35	C. Brandshagen, Eimsbüttelerſtr. 82/84	73	J. Prigge, Bahrenfelder Steindamm 12
35a	R. Timmermann, Eimsbüttelerſtr. 139	73a	Fr. Ott, Friedensallee 110
36	Nehls, Kl. Gärtnerſtr. 135	74	E. Stahl, Kreuzweg 108
37	W. Schulz, Alſenſtr. 34	74a	H. Hahn, Kreuzweg 119
38	Th. Förſter, Friedrichſtr. 84	75	F. Schlünzen, Sonderburgplatz 2
38a	G. Mötzel, Holſtenſtr. 13	76	H. Niemann, Eidelſtedterweg 1
39	R. Kittelmann, Holſtenſtr. 127	77	C. Schneider, Bahrenfelder Chauſſee 8/10
40	G. Hetmſen, Holſtenſtr. 221	77a	G. Röhrs, Bahrenfelder Chauſſee 40
41	G. Stücklen, Gr. Johannisſtraße 44	78	Fr. Lehmann, Wagnerſtr. 46
42	J. Bock, Bürgerſtr. 32	78a	Gebr. Köhn, Wagnerſtr. 2
43	J. Bock, Bürgerſtr. 51	79	L. F. W. Güllnitz, Beſelerplatz 1
44	Jul. Röhrs, Steinſtr. 28	80	M. Flenker, Moltkeſtr. 155
45	A. Wilken Wwe., Gr. Bergſtraße 179	80a	Oelrich, Hirtenweg 16
46	D. Flath, Lornſenplatz 7	81	A. Siewert Wwe., Oevelgönne 88
47	H. Gramm Wwe., Gr. Bergſtraße 215		

Genoſſen und Genoſſinnen!

Heute, Sonnabend, abends 6 Uhr:

Flugblattverbreitung!

Die Bezirksführer von Altona erhalten das Material in den Diſtriktslokalen, die Ottenſener Bezirksführer erhalten es im Parteibureau, **Bahnhofſtraße 40.**

Der Vorſtand.

Die Rechtsberatung heimkehrender Kriegsgefangener nach Altona wird von der ſtädtiſchen Rechtsauskunftsſtelle in Altona (Klopſtockſtraße 2) beſonders gepflegt; die Auskunftsſtelle übernimmt auch in geeigneten Fällen die Anbahnung außergerichtlicher Vergleiche in Streitigkeiten. Die Stelle kann von unbemittelten Rechtſuchenden unentgeltlich und ohne alle Förmlichkeiten in Anſpruch genommen werden. Die Sprechſtunden ſind werktäglich von 9 bis 1 Uhr, außerdem Mittwochs von 6½ bis 8 Uhr abends.

Aus den Elbgemeinden.

Kl.-Flottbeck. Fleiſchverkauf am Sonnabend bei Felmeth und zwar von 8 bis 10 Uhr für Bezirk 2 für die Nr. 126—280, von 10 bis 12 Uhr für die Nr. 1—125 für Bezirk 2, von 2 bis 3½ Uhr für Bezirk 1 für die Nr. 126—280 und von 3½ bis 5 Uhr für Bezirk 1 für die Nr. 1—125.

Gr.-Flottbeck. Fleiſchverkauf am Sonnabend. Torfverkauf auf Torfbezugsſcheine findet in Zukunft in hieſiger Gemeinde nur noch Dienstags und Mittwochs ſtatt. Der Torf muß an den Tagen abgeholt werden.

Nienſtedten. Fleiſchverkauf am Sonnabend bei ſämtlichen Schlachtern und zwar in folgender Reihenfolge: von 7 bis 8 Uhr für die Nr. 1—50, 8 bis 9 Uhr 51—100, 9 bis 10 Uhr 101—150, 10 bis 11 Uhr 151—200, 11 bis 12 Uhr 201—270. Verkauf von Feuerung am Sonnabend bei Vidal für die Nr. 401—819 von 1½ bis 4½ Uhr, bei v. Ehren für die Nr. 201—400 von 1½ bis 4½ Uhr und bei Timm für die Nr. 1—200.

Blankeneſe. Abgabe von 3 Pfd. Kartoffeln auf Marke 11 bei den Gemüſehändlern. Am Sonnabend bei ſämtlichen Schlachtern Fleiſchverkauf. Ausgabe der Brotkarten für den Ortsteil Dockenhuden am Sonnabend in der Schule in der Bleicherſtraße und für Blankeneſe in der Schule am Schulweg.

Osdorf. Verkauf von Lichten und Kartoffeln, das Pfund 12 ₰, am Sonnabend. Verkauf von Strümpfen und Bekleidungsſtücken im Gemeindehaus.

Schnelſen. In der zum 30. September bei Münſter vom Sozialdemokratiſchen Verein einberufenen Volksverſammlung referierte Genoſſe Klingenberg über „Chriſtentum und Sozialismus“. In vortrefflicher Weiſe legte er die Anſicht vom ſozialiſtiſchen Standpunkte dar über dieſe ſo wichtige Frage. Am Schluſſe ſeines Vortrages forderte er zum Austritt aus der Staatskirche auf. Diejenigen Genoſſen und Genoſſinnen, die innerlich mit der Kirche gebrochen haben, ſollen den Mut finden und aus derſelben austreten, was heute ſehr einfach zu bewerkſtelligen ſei. Es genüge eine Erklärung beim zuſtändigen Amtsgericht, dann kann der Austritt koſtenlos erfolgen. Es folgte dann eine lebhafte Ausſprache über obiges Thema, an der ſich Genoſſe Berndt und die Herren Monde und Willer beteiligten. Ferner wurde eine Reſolution gefaßt, die bezwecken will, daß der Konfirmationsunterricht für die Schnelſener Kinder, der bis jetzt in Niendorf während der Schulzeit ſtattfand, nunmehr in Schnelſen nach dem Schulunterricht ſtattfinden ſoll, damit den Kindern keine wichtigen Schulſtunden verloren gingen.

Wandsbeck und Umgegend.

Magiſtratswahlen.

s. Durch Beſchluß der Stadtverordnetenverſammlung vom 10. September dieſes Jahres iſt die Neuwahl von ſechs unbeſoldeten Magiſtratsmitgliedern (Stadträten) auf Sonntag, 19. Oktober, anberaumt. Die drei Kandidaten jeden Wahlaufſatzes ſind mit Ruf- und Familiennamen, Beruf oder Stand ſo zu bezeichnen, daß über ihre Perſönlichkeit kein Zweifel beſtehen kann. Soweit von Kandidaten kein Bewerbungsſchreiben vorliegt, iſt von ihnen eine Erklärung über ihre Zuſtimmung zur Aufnahme in den Wahlaufſatz beizufügen. Die Wahlvorſchläge müſſen von mindeſtens acht Stadtverordneten unterzeichnet ſein und ſind bis ſpäteſtens am 7. Oktober, nachmittags 5 Uhr, bei dem Bürgerworthalter Bruhns einzureichen. Wählbar ſind nur diejenigen Wähler, welche die Bedingungen der §§ 7 und 29 der Schleswig-Holſteiniſchen Städteordnung vom 14. April 1869 erfüllen. Dagegen dürfen Verwandte oder Verſchwägerte beſtimmten Grades und Geſellſchafter offener Handelsgeſellſchaften zugleich Mitglieder des Magiſtrats ſein, ebenſo dürfen Stadtverordnete zugleich Mitglieder des Magiſtrats ſein. Auch die Frauen ſind unter den gleichen Vorausſetzungen wählbar.

Unſere Lebensmittelverſorgung.

Die Lebensmittelkommiſſion teilt uns mit, daß in der Woche vom 5. bis 11. Oktober 1919 folgende Lebensmittel abgegeben werden: 200 g Kindergerſtenmehl auf die Bezugskarte für Kinder unter fünf Jahren. 150 g Zucker. 125 g Maispudermehl. 145 g Bohnenmehl. 250 g Auslandsmarmelade. 60 g Butter. 100 g Margarine. 125 g Schmalz. 8 Pfund Kartoffeln zum Preiſe von 16 ₰ das Pfund. 2500 g Brot und 150 g Mehl. 160 g Fleiſch auf die Reichsfleiſchkarte. 40 g Hülſenfrüchte als Erſatz für fehlendes Fleiſch. Milch: Wie in der Vorwoche. Die Abgabe von Lebensmitteln (Zucker, Teigwaren und Reis) gegen Krankenſcheine findet bis auf weiteres in den nachſtehenden Geſchäften ſtatt: Für Marienthal: J. Koch, Goetheſtraße 18a, für die innere Stadt: Neue Geſellſchaft, Feldſtraße 128, für die im Weſten gelegenen Stadtteile: J. Lüdemann, Mathildenſtraße 47, für die übrigen Bezirke: A. Reher, Zollſtraße 52.

s. **Stadtverordnetenſitzung.** Das Stadtbauamt bedarf dringend der Vermehrung ſeiner Hilfskräfte und wurde daher der Anſtellung des Regierungsbaumeiſters Diplom-Ingenieurs Kröncke-Wilhelmsburg zugeſtimmt. An Stelle des anderweitig gewählten Aſſeſſors Krukow wird für die erſte Magiſtratsaſſeſſorſtelle Aſſeſſor Otto Both-Delmenhorſt gewählt. Für die zweite Magiſtratsaſſeſſorſtelle hatte der Magiſtrat den Diplom-Volkswirt Schoel vorgeſehen, doch ſchließt ſich die Verſammlung dieſem Vorſchlage nicht an. Die Verleihung des Aſſeſſortitels an Herrn Schoel, der kein Staatsexamen, ſomit keine abgeſchloſſene Hochſchulbildung aufzuweiſen hat, wird, ob angängig, durch den Magiſtrat bezweifelt. Die Vorlage geht deshalb nochmals an den Magiſtrat zurück, um ein klares Gutachten über dieſe ſtrittige Frage zu erlangen. Gegen die Wahl dieſes Herrn ſelbſt werden keine Beanſtandungen vorgeführt. Vom 11. bis 18. Oktober findet in Kiel der erſte ſchleswig-holſteiniſche Volksbildungstag ſtatt, der vom Schleswig-Holſteiniſchen Verband für freies Bildungsweſen einberufen wird. Der Verband legt beſonders Wert darauf, den Ausbau des freien Bildungsweſens und insbeſondere auch der Jugendpflege gemeinſam mit den Gemeindeverwaltungen zu betreiben. Gegen eine Entſendung von Vertretern der Stadtverordneten hat die Verſammlung nichts einzuwenden und werden auf Vorſchlag des Bürgerworthalters Fiſcher die Stadtverordneten Wentker (SD.) und Müller, als der Schulkommiſſion angehörend, gewählt. Verſchiedene fällige Kommiſſionswahlen werden nach kurzer Ausſprache zurückgeſtellt. Die Stadtratswahlen ſtehen vor der Tür, und da verſchiedene Stadtverordnete „einen Platz höher rücken“, müßten zufolge Eintritts neuer Stadtverordneter in 14 Tagen nochmals dieſelben Wahlen vorgenommen werden. Die mit Schmerzen erwarteten Beſtimmungen über Handhabung der kommenden Stadtratswahlen, die bis zum 31. Oktober vorgenommen ſein müſſen, werden nach kurzer Ausſprache mit den entſprechenden Veränderungen angenommen. Die Wahlvorſchläge müſſen bis Dienstag, 7. Oktober, 5 Uhr nachmittags, eingereicht ſein. Die Feſtſetzung der Wahlaufſätze erfolgt in einer am Donnerstag, 9. Oktober, ſtattfindenden Stadtverordnetenverſammlung. Zur Prüfung der Vorſchläge werden folgende Herren in den Ausſchuß gewählt: Bruhns (SD.), Delle (SD.), Fiſcher, Jungbluth (SD.), Dr. Relling. Die vom Stadtverordneten Schönwälder bei dieſem Anlaß gemachte Bemerkung à la Lindemann-Kiel über den Befähigungsnachweis der zu wählenden Stadträte wurde vom Bürgerworthalter Bruhns dahingehend beantwortet, daß dieſer nach der Wahl der Bürgerſchaft gebracht wird. Die Verſchnupfung über den Wahlaufſatz Delle-Jungbluth-Schmidt macht ſich ſchon bemerkbar.

t. **Bramfeld.** Der Fleiſchverkauf für die Gemeinden Bramfeld und Steilshop findet ſtatt am Freitag, 3. Oktober, von 2 bis 6 Uhr nachmittags, und am Sonnabend, 4. Oktober, von 8 bis 12 Uhr vormittags und von 2 bis 6 Uhr nachmittags. Es gibt bei allen Schlachtern Rindfleiſch und Wurſt, zuſammen 150 Gramm. Die von jetzt an gültigen neuen Fleiſch-Höchſtpreiſe ſind wie folgt feſtgeſetzt: Rindfleiſch M. 2,80 bis M. 4.—, Kalbfleiſch M. 2,50 bis M. 3,— pro Pfund. Die Preiſe für Hammel- und Schweinefleiſch bleiben unverändert.

t. **Bramfeld.** Warenausgabe. Die Lebensmittelkommiſſion verteilt am Sonnabend, 4. Oktober, in allen Geſchäften: 200 Gramm amerikaniſches Weizenmehl für zwei Wochen auf Einfuhrzuſatzkarte Nr. 4, 200 Gramm koſten 33 ₰; 100 Gramm Kunſthonig auf Fettkarte für 16 ₰. Süßſtoffmarken können in der Geſchäftsſtelle abgeholt werden. Süßſtoff iſt in der Drogerie von Schröder in Bramfeld vorrätig, Preis 50 ₰ das Päckchen. Salzheringe werden beim Händler Nielſon, Owieſenſtraße, und bei Ruz in Bramfeld verkauft, ſolange der Vorrat reicht. 200 Gramm Mühlenfabrikate für nächſte Woche gelangen am Mittwoch, 8. Oktober, zur Verteilung.

t. **Bramfeld.** Der Holzverkauf der Gemeinde wird auf dem Hofe der Brauerei in Hellbrook täglich fortgeſetzt mit Ausnahme der Tage, an denen andere Gemeindeverkäufe ſtattfinden. Der Preis beträgt M. 50 pro Kubikmeter.

t. **Alt-Rahlſtedt.** Zur Winterkartoffelverſorgung gibt die Gemeinde bekannt, daß den Verſorgungsberechtigten pro Kopf 380 Pfund Kartoffeln zuſtehen, anſtatt der zuerſt vorgeſehenen 300 Pfund. Dieſe Menge muß bis zum 17. Juli 1920 ausreichen. Die bereits beantragten Bezugsſcheine werden gleich auf die volle Menge von 380 Pfund ausgeſtellt.

Schleswig-Holſtein.

Elmshorn. Myſteriöſer Unglücksfall. In der Nacht zum Donnerstag wurde auf der Chauſſee zwiſchen Eidelſtedt und Krupunder der Fleiſchwarenfabrikant Guſtav Stich aus Elmshorn beſinnungslos aufgefunden. St. war mit ſeinem Fuhrwerk nach Hamburg gefahren. Von dem Geſpann fehlt jetzt jede Spur. Auch fehlte dem Beſinnungsloſen Uhr und Geld. Ob hier ein Unglücksfall oder Verbrechen vorliegt, muß die Unterſuchung ergeben.

Kleine Chronik.

Die hiſtoriſche Wahrheit über die Revolution. Die unabhängige Berliner „Freiheit“ ereifert ſich über den Verſuch des preußiſchen Kriegsminiſters Reinhardt, den Vertrieb der Aufklärungsbroſchüre „Was iſt in Deutſchland geſchehen“ unter den heimkehrenden Kriegsgefangenen zu verhindern, wobei ſie in üblich hetzeriſcher Art natürlich verſchweigt, daß und wie dieſer Uebergriff des Kriegsminiſters vereitelt worden iſt. Aber im Drange der ſittlich-moraliſchen Entrüſtung entſchlüpfen ihr Geſtändniſſe, die verdienen, über den Tag hinaus feſtgehalten zu werden. Die „Freiheit“ ſchreibt:

> Die Broſchüre ſtellt — der Wahrheit gemäß — feſt, daß die Revolution eine Folge des militäriſchen Zuſammenbruches war. Wie jede Wahrheit, ſo hat auch dieſe lebhaften Anſtoß in reaktionären Kreiſen erregt.

Es iſt beachtenswert, mit welchem Eifer ſich die „Freiheit“ hier um die hiſtoriſche Wahrheit bemüht. Sonſt haben die Unabhängigen gar nichts davon wiſſen wollen. Sonſt hieß es immer, die Unabhängigen hätten, ſie einzig und allein, die Revolution gemacht. Ledebour hat in ſeinem Prozeß haarſcharf bewieſen, daß er der eigentliche Vater und Veranſtalter der Revolution ſei, Emil Barth macht ihm den Ruhm ſtreitig, weil er 10000 Piſtolen gekauft, wenn auch nicht bezahlt hat. Die Mehrheitsſozialiſten, hieß es immer, hätten ſich frecher- und unbefugterweiſe in die Revolution der Herren Ledebour und Barth hineingedrängt, ſie ſeien als paraſitiſche Nutznießer der von anderen gemachten Revolution zu betrachten. Jetzt zerſtört die „Freiheit“ die von ihren Freunden mühſam aufgebaute Geſchichtslegende und ſtellt die ſimple hiſtoriſche Wahrheit feſt, daß die Revolution eine Folgeerſcheinung der deutſchen Niederlage war. Wir heben uns dieſes Geſtändnis auf, falls die Unabhängigen wieder einmal mit ihrer Vaterſchaft der Revolution hauſieren gehen.

Unwetter in Spanien. Reuter berichtet aus Madrid: Aus ganz Spanien, beſonders aus den Provinzen Valencia und Murcia, werden Sturm, Regen und Hagel gemeldet. Der Eiſenbahnverkehr iſt faſt vollſtändig unterbrochen und nahezu die geſamte Provinz Valencia unter Waſſer. Die Lage in der Stadt Karthagena iſt ſehr kritiſch. Sie iſt vollſtändig vom Waſſer umgeben und herrſcht Mangel an Lebensmitteln.

Neueſte Nachrichten.

Die neuen Miniſter.

WTB. **Berlin,** 3. Oktober. Auf Vorſchlag des Reichskanzlers berief der Reichspräſident auf Grund des Artikels 53 der Verfaſſung den Reichsminiſter a. D. Schiffer zum Reichsminiſter der Juſtiz, den Oberbürgermeiſter Koch-Kaſſel zum Reichsminiſter des Innern und betraute Schiffer zugleich mit der Vertretung des Reichskanzlers. Die Beſetzung des neu zu bildenden Miniſteriums für den Wiederaufbau erfolgt vorausſichtlich in den allernächſten Tagen. Miniſter David wird der Reichsregierung als Miniſter ohne Portefeuille angehören.

Der Eiſenbahnerſtreik in Großbritannien.

WTB. **London,** 3. Oktober. Reuter. Infolge einer nichtformellen Unterredung zwiſchen dem Miniſterpräſidenten und dem Vollzugsausſchuß der Eiſenbahner wird die Streiklage für hoffnungsvoller angeſehen. Eine Schwierigkeit beſteht augenblicklich in der Formel, der zufolge die formellen Verhandlungen wieder aufgenommen werden können. Die Führer der Eiſenbahner bleiben dabei, daß es unmöglich iſt, eine allgemeine Wiederaufnahme der Arbeit zu bewirken, ohne daß vorher Zuſicherungen bezüglich der Löhne gegeben werden.

WTB. **Amſterdam,** 3. Oktober. Wie der „Telegraaf“ aus London vom 2. Oktober meldet, ſchreibt „Daily Chronicle“, es beſtehe jeder Grund, eine baldige Beilegung des Eiſenbahnerſtreiks zu erwarten.

Der internationale Gewerkſchaftsbund und die Arbeitskonferenz in Waſhington.

WTB. **Amſterdam,** 3. Oktober. Das Bureau des internationalen Gewerkſchaftsbundes, der geſtern und heute in Amſterdam ſeine monatliche Zuſammenkunft abhielt, beſchloß, die dem internationalen Gewerkſchaftsbund angeſchloſſenen Gewerkſchaften zu ermächtigen, für die Ende dieſes Monats in Waſhington ſtattfindende Arbeiterkonferenz Delegierte anzuweiſen. Dieſer Beſchluß wurde auf Grund der Tatſache gefaßt, daß durch den Generalſekretär der Friedenskonferenz dem Bureau eine offizielle Erklärung überreicht wird, in der mitgeteilt wird, daß die Chefs der deutſchen und öſterreichiſchen Delegation in Verſailles am 30. September in Uebereinſtimmung mit dem Beſchluß des Oberſten Kriegsrates vom 18. September davon verſtändigt wurden, daß die Delegierten Deutſchlands und Oeſterreichs an der internationalen Arbeitskonferenz in Waſhington werden teilnehmen können. Außerdem wurde dem ſtellvertretenden Vorſitzenden Jouhoux und Mertens von der franzöſiſchen beziehungsweiſe der belgiſchen Regierung erklärt, daß alle Delegierten Deutſchlands und Oeſterreichs an der Konferenz dieſelben Rechte haben, wie die Delegierten der anderen Länder. Außerdem ſteht jetzt bereits feſt, daß eines der von den acht wichtigſten induſtriellen Nationen zu beſetzenden Aemter in der Leitung internationalen Arbeitsbureaus für einen Vertreter Deutſchlands beſtimmt iſt. Da damit den Forderungen des internationalen Gewerkſchaftskongreſſes in Amſterdam entſprochen iſt, glaubt das Bureau des internationalen Gewerkſchaftsbundes, der internationalen Arbeitskonferenz in Waſhington ſeine energiſche Mitarbeit nicht länger entziehen zu dürfen.

Briefkaſten.

Auskunft wird bis auf weiteres nur zwiſchen 6 und 8 Uhr abends erteilt!

Zwei Arbeitsluſtige. Wir bedauern, Ihren Wunſch nicht erfüllen zu können.

P. G. 83. Zum Erwerb der Staatsangehörigkeit in Hamburg ſind folgende Papiere erforderlich: 1. Militärpapiere. 2. Meldeſchein. 3. Gewerbeſchein oder Arbeitsbeſcheinigung des Arbeitgebers. 4. Der letzte Einkommenſteuerzettel, und zwar, ſoweit die Steuer fällig iſt, quittiert. 5. Staatsangehörigkeitsausweis. 6. Heiratsurkunde. 7. Geburtsurkunde des Mannes. 8. Geburtsurkunde der Frau. 9. Geburtsurkunden der minderjährigen Kinder. 10. Eventuell (bei Wiederverheiratung) Sterbeurkunde der Frau und Heiratsurkunde. Der Antrag iſt bei der Behörde für Standesämter, Poſtſtraße 10, zu ſtellen.

B. 22. Sämtliche Kinder müſſen — wenn ſie dazu in der Lage ſind — den alten Vater unterſtützen. Die Klage muß beim Amtsgericht eingereicht werden.

E. G. 1. Kommen Sie in unſere Sprechſtunde.

M. B. 37. Das entzieht ſich unſerer Kenntnis.

Eine Hamburger Deern. Ihr Mann muß ſich an das Bezirkskommando wenden.

Heinrich Sch., Peterſtraße. Beſten Dank.

A. L. U. Bei einer Wiederverheiratung muß der Vater ſich mit den Kindern über den Nachlaß der Mutter auseinanderſetzen.

B. 1001. Die Teuerungszulagen gehören zum ſteuerpflichtigen Einkommen.

H. H. 100, Altona. Eine ſolche Stiftung iſt uns nicht bekannt. Wir empfehlen Ihnen, ſich an den ſtädtiſchen Berufsvormund, Kleine Mühlenſtraße 90, zu wenden.

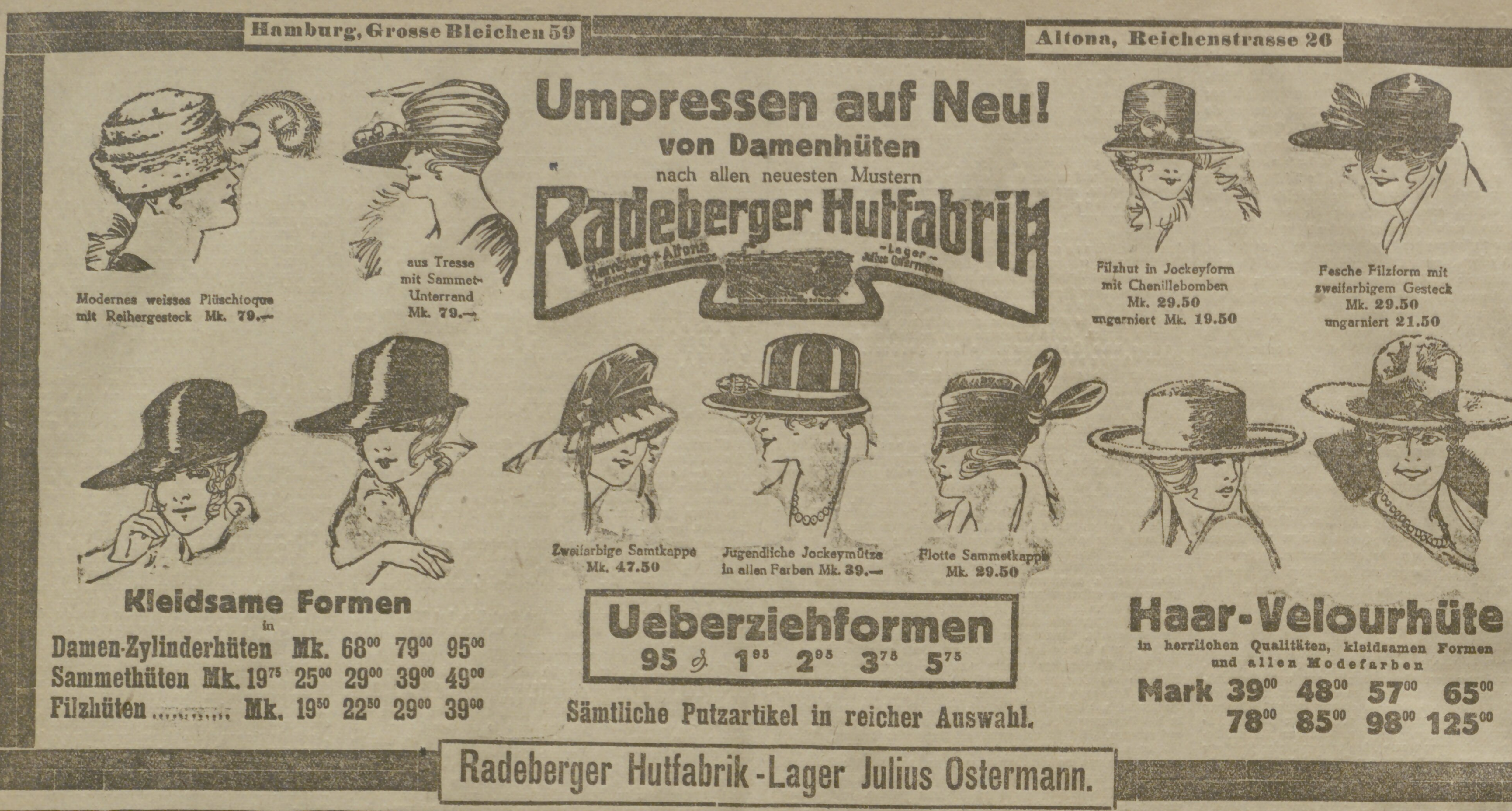
Oeffentlicher Wetterdienſt.

(Dienſtſtelle Hamburg. Deutſche Seewarte.)

Wetterausſichten für Sonnabend, 4. Oktober: Abnehmende Temperatur und Bewölkung, Niederſchläge nachlaſſend.

Eintritt der Ebbe und Flut in Hamburg
am 4. Oktober:

Ebbe: 12 Uhr — Min. nachm. | Flut: 7 Uhr 48 Min. nachm.



Hamburg, Grosse Bleichen 59 — **Altona, Reichenstrasse 26**

Umpressen auf Neu!
von Damenhüten
nach allen neuesten Mustern

Radeberger Hutfabrik

Modernes weisses Plüschtoque mit Reihergesteck Mk. 79.—

aus Tresse mit Sammet-Unterrand Mk. 79.—

Filzhut in Jockeyform mit Chenillebomben Mk. 29.50 ungarniert Mk. 19.50

Fesche Filzform mit zweifarbigem Gesteck Mk. 29.50 ungarniert 21.50

Zweifarbige Samtkappe Mk. 47.50

Jugendliche Jockeymütze in allen Farben Mk. 39.—

Flotte Sammetkappe Mk. 29.50

Kleidsame Formen
in
Damen-Zylinderhüten Mk. 68^{00} 79^{00} 95^{00}
Sammethüten Mk. 19^{75} 25^{00} 29^{00} 39^{00} 49^{00}
Filzhüten …… Mk. 19^{50} 22^{50} 29^{00} 39^{00}

Ueberziehformen
95 ₰ 1^{95} 2^{95} 3^{75} 5^{75}

Sämtliche Putzartikel in reicher Auswahl.

Haar-Velourhüte
in herrlichen Qualitäten, kleidsamen Formen und allen Modefarben
Mark 39^{00} 48^{00} 57^{00} 65^{00} 78^{00} 85^{00} 98^{00} 125^{00}

Radeberger Hutfabrik-Lager Julius Ostermann.

Hermine Schlüsselburg
gen. Reer
Karl Kummer
Verlobte.
Hamburg Langenfelde
5. Oktober 1919.

Carl Fester
Pauline Fester
verw. Speer, geb. Bannier
Vermählte.
Hamburg, 4. Oktober 1919.

Das frohe Feſt der **ſilbernen Hochzeit** feiern heute **Johannes Lenz** und Frau geb. **Kaminski,** Finkenwärder. Dies zeigen an **Die Geſchwiſter.**

Das frohe Feſt der **ſilbernen Hochzeit** feiern am 5. Oktober 1919 unſere lieben Eltern **A. Scherwat u. Frau,** geb. Trennert.
Altona, Neueburg 20, II.
Die Kinder.

Am 1. Oktober ſtarb nach kurzem Leiden unſer lieber Vater, Schwiegervater und Großvater, der Zimmermann

Hans Rasmus

im 88. Lebensjahre.

Tief betrauert von **Kindern und Kindeskindern.**

Beerdigung am Sonntag, 1½ Uhr, von der Leichenhalle, Weidenſtraße, Altona.

Sozialdemokrat. Verein
für das
Hamburger Staatsgebiet
Distrikt St. Pauli Süd.
Bezirk 83.

Todes-Anzeigen.

Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unſer langjähriger Genoſſe

Heinrich Schmalfeld

durch Unglücksfall plötzlich verſtorben iſt.

Ehre ſeinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, 5. Oktober, mittags 12 Uhr, von der 10 Kapelle des Ohlsdorfer Friedhofes aus ſtatt.

Die Genoſſen verſammeln ſich um 10 Uhr im Bezirkslokal bei K. [illegible] Erichſtraße 63.

Um zahlreiche Beteiligung bittet

Die Diſtriktsverwaltung.

Diſtrikt Hamm.

Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß die Genoſſen

Berthold Klee
und **Bröcker**

geſtorben ſind.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung hat bereits ſtattgefunden.

Die Diſtriktsverwaltung.

Fabrikarbeiter-Verband.
Zahlstelle Hamburg.

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

F. Neumann,
Schiffbeck,

geſtorben iſt.

Ehre ſeinem Andenken!

Beerdigung: Heute, nachmittags 3 Uhr, vom Sterbehauſe, Rahlſtedterweg 15, nach dem Steinbecker Friedhof.

Die Ortsverwaltung.

Den Heldentod für das Vaterland haben ferner erlitten:

Dr. phil. Walther Zschau, Oberlehrer an der Realschule vor dem Lübecker tore, Leutnant der Reserve und Kompagnieführer, Inhaber des Eisernen Kreuzes I. und II. Klasse und des Hanseatenkreuzes, † 17.10.18.

Rudolf Demant, Lehrer an der Volksschule Forsmannstr. 32, Leutnant der Reserve und Kompagnieführer, Inhaber des Eisernen Kreuzes I. und II. Klasse, des Mecklenburgischen Militär-Verdienst-Kreuzes I. und II. Klasse, des Hanseatenkreuzes und des Ritterkreuzes von Hohenzollern mit Schwertern, † 20. 11. 17.

Erich Schaper, Lehrer an der Volksschule Reginenstr. 51, Leutnant der Landwehr, Inhaber des Eisernen Kreuzes, des Hanseatenkreuzes und des Braunschweigisch. Kriegsverdienstkreuzes, † 20.9.17.

Theodor Schmidt, Lehrer an der Volksschule Schwenckestrasse 93, Leutnant der Reserve, Inhaber des Eisernen Kreuzes und des Hanseatenkreuzes, † 31. 8. 16.

Hermann Nielsen, Lehrer an der Volksschule Eduardstrasse 30, Vizefeldwebel und Offiziersaspirant, Inhaber des Eis. Kreuzes, † 20. 8. 17.

Otto Ovens, Lehrer an der Volksschule Hübbesweg 9, Leutnant der 1. Seeflieger-Abteilung, Inhaber des Eisernen Kreuzes, † 25. 6. 9.

Walther Möller, Hilfslehrer an der Volksschule Tornquiststrasse 19a, Vizefeldwebel der Reserve u. Offiziersaspirant, Inhaber d. Eisernen Kreuzes und des Hanseatenkreuzes, † 25. 6. 19.

Ernst Lüert, Lehrer an der Volksschule Neustädterstr. 79, Gefreiter, † 4. 11. 14.

Ernst Schröder, Lehrer an der Realschule v. Dr. Wahnschaff, Gefreiter, Inhaber d. Hanseatenkreuzes, † 6. 10. 16.

Friedrich Gericke, Lehrer an der Volksschule von Essenstrasse 82, Leutnant der Landwehr, Inhaber d. Eisernen Kreuzes I. u. II. Klasse, und des Hanseatenkreuzes, † 1. 4. 19.

Die Oberschulbehörde wird den Gefallenen für ihre im Frieden wie im Felde treu geleisteten Dienste für alle Zeiten ein ehrenvolles, dankbares Andenken bewahren.

Die Oberschulbehörde.

Am Dienstag, 30. September 1919, ſtarb infolge eines Unglücksfalles unſer Platzmeiſter

Rudolf Loss

im Alter von 50 Jahren.

Er war uns ſtets ein pflichteifriger Mitarbeiter und lieber Kollege, deſſen Andenken wir in Ehren halten werden.

Die Geschäftsleitung und Angestellten der
Holsatia Werke
Neumann & Co., G. m. b. H., Altona-Ottensen.

Beerdigung am Sonntag, 5. Oktober, nachmittags 2 Uhr, von Kapelle 10 in Ohlsdorf.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Ortsverwaltung Hamburg I.
Sektion Transportarbeiter.

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unſer Kollege, der Fruchtarbeiter

Ernst Eckhoff

geſtorben iſt.

Ehre ſeinem Andenken!

Beerdigung: Sonntag, 5. Oktober, vormittags 11½ Uhr, von Kapelle 10 in Ohlsdorf.

Die Ortsverwaltung.

Dr. Bernhard Weiss
von der Reise zurück.

Dankſagung.

Allen Genoſſinnen und Genoſſen für die innige Teilnahme beim Hinſcheiden unſerer treuen Lebensgefährtin und Mutti **Anna Schultz** unſeren herzlichſten Dank.

G. Schultz u. Töchterchen
Droſſelſtr. 33. 2. Oktbr. 19.

Trauerhüte
in großer Auswahl
Louis Gantz,
Hamburgerstrasse 168.
Trauerhutfabrik.
Telephon: Alster 5118.

Von der Reise zurück:
Zahnarzt Krebs,
Büschstr. 7, I.
Hansa 1394.

Braut-Schleier
abgepaßt u. meterweise in guter Auswahl.
Robinsohn,
Neuerwall 25—33.

R. Begemann
Homöopathische Praxis.
Steindamm 5, Hpt.
Sprechz.: 10-12 u. 6-8 Uhr. Sonnt. 10-12 „
Donnerstags keine Sprechst.

Bandwurm
Spul- und Madenwürmer.

Dieſe Schmarotzer entziehen dem Körper die beſten Säfte, der Menſch wird blutarm, nervös, elend und ſchlapp.

☞ Keine Hungerkur. Koſtenloſe Auskunft täglich von 10—1 und 4—8 Uhr, Sonntags 10—6 Uhr.

Einziges hieſiges
Institut gegen Wurmleiden
Hamburg, Feldstrasse 39, I.

J. Kleist, Spezial-Arzt
für Haut- und Geschlechtsleiden.
Hamburg, Hühnerposten 14, beim Hauptbahnhof.
Sprechzeit: 9-1 u. 4-7 Uhr, Sonnt. nur 11-1 Uhr.

Ambulatorium
Spezialarzt Dr. Sperling
Hamburg, Colonnaden 46.
Haut- u. Frauenleiden, Geschlechtsleiden
nach neuest. bewährt. Meth., ohne Berufsstörung.
Sprechzeit 11-1, 5-7, Sonntags 11-1.

Bekanntmachung
über
Höchſtpreiſe für auf Vorrat zu liefernde Kartoffeln.

§ 1.

Im hamburgiſchen Stadtgebiet beträgt der Höchſtpreis für Kartoffeln, die auf Vorrat eingenommen werden, für den Zentner

M. 12,50, falls die Kartoffeln vom Verbraucher ab Lager, ab Kahn oder ab Bahn abgenommen werden;

M. 14,—, falls die Kartoffeln frei Wohnung oder Lager des Verbrauchers nach ſeiner Wahl geliefert werden.

Bei Lieferung in die Wohnung oder nach dem Lager des Verbrauchers iſt der Händler berechtigt, nach Maßgabe der folgenden Beſtimmungen eine ſogenannte Treppenvergütung in Anſatz zu bringen. Die Vergütung beträgt je Zentner und je Treppe 10 ₰. Angefangene Zentner werden voll gerechnet. Treppen können nur dann in Anſatz gebracht werden, ſofern ſie ein Stockwerk mit einem anderen verbinden.

In den Preiſen ſind im übrigen alle Unkoſten (z. B. Schnelligkeitsprämie, Anfuhrprämie, Fracht, Fuhrlohn, Sackmiete uſw.) enthalten, ſo daß der Händler hierfür keinen beſonderen Aufſchlag berechnen darf.

§ 2.

Der Höchſtpreis für Kartoffeln bei Abgabe vom Erzeuger an einzelne Verbraucher beträgt im hamburgiſchen Stadtgebiet M. 9,— je Zentner. In dieſem Preiſe ſind die Schnelligkeits- und Ausfuhrprämie mit enthalten.

Kartoffeln dürfen nur auf einen Bezugsſchein des Hamburgiſchen Kriegsverſorgungsamtes abgegeben und entnommen werden.

§ 4 der Bekanntmachung über Anmeldung, Einfuhr und Ausfuhr von Speiſe-, Saat, Futter- und Fabrikkartoffeln vom 8. Auguſt 1919 (Amtsblatt Seite 1378) findet entſprechende Anwendung.

§ 3.

Die Ueberſchreitung der Preiſe wird nach den beſtehenden geſetzlichen Beſtimmungen beſtraft.

Hamburg, den 2. Oktober 1919.

Hamburgiſches Kriegsverſorgungsamt.

Die Geſchäftszeit für die ſtädtiſchen Geſchäftsſtellen beginnt und endet vom 6. Oktober an um eine Stunde ſpäter. (8 Uhr bezw. 3 Uhr). Das Standesamt I wird für den öffentlichen Verkehr um 2 Uhr geſchloſſen. Die Kaſſenſtunden bleiben unverändert.

Wandsbeck, den 3. Oktober 1919.

Der Magiſtrat.

Verkauf von ſtädtiſchem Schmalz.

Der Kleinhandelspreis für das zur Verteilung kommende Schmalz beträgt **M. 3,25 für 125 Gramm.**

Wandsbeck, den 2. Oktober 1919.

Die Lebensmittel-Kommiſſion.

Bekanntmachung.

Die Lieferung der für das Winterhalbjahr nötigen Schreib- und Zeichenutenſilien hieſiger Schule wird hierdurch öffentlich ausgeſchrieben. Bemuſterte Angebote ſind bis 15. Oktober 1919 an den Vorſitzenden des Schulvorſtandes, Herrn Rektor **Hellwege,** einzureichen. Daſelbſt ſind auch die näheren Bedingungen zu erfahren.

Schnelſen, den 1. Oktober 1919.

Der Gemeindevorſteher.

Bekanntmachung.

Zum Empfang bezw. Umtausch des Entlassungsanzuges melden sich in den Dienststunden von 9 bis 1 Uhr vorm.

am 8. 10. 19	Leute mit den Nummern	31601—31850
„ 9. 10. 19	„ „ „ „	31851—32100
„ 10. 10. 19	„ „ „ „	32101—32350
„ 11. 10. 19	„ „ „ „	32351—32600
„ 15. 10. 19	„ „ „ „	32601—32850
„ 16. 10. 19	„ „ „ „	32851—33100
„ 17. 10. 19	„ „ „ „	33101—33350
„ 18. 10. 19	„ „ „ „	33351—33600

Ausserdem Kriegsbeschädigte vom Bezirkskommando II, Hamburg,

am 8. 10. 19	Leute mit den Nummern	391—405
„ 9. 10. 19	„ „ „ „	406—420
„ 10. 10. 19	„ „ „ „	421—435
„ 11. 10. 19	„ „ „ „	436—450
„ 15. 10. 19	„ „ „ „	451—465
„ 16. 10. 19	„ „ „ „	466—480
„ 17. 10. 19	„ „ „ „	481—495
„ 18. 10. 19	„ „ „ „	496—510

Die Abfertigung erfolgt nur unter Vorzeigung der Anmeldebescheinigung des zuständigen Bezirkskommandos. Es werden nur Stücke, welche bei der Entlassung als unter ²/₃ Tragwert bezeichnet sind, gegen bessere getauscht. **Ein Anspruch auf neue Stücke besteht nicht.** Absichtlich beschädigte Stücke werden nicht getauscht.

Zentralkleiderstelle
des Bezirkskommandos I, II, III, Hamburg,
Zeughausmarkt 33/34.

Oeffentliche Sitzung der Wahlkommiſſion

am Dienstag, 7. Oktober, vorm. 9½ Uhr, im Statiſtiſchen Amt, Klopſtockſtraße 21, I., zwecks Feſtſtellung des Ergebniſſes der Magiſtratswahlen vom 5. Oktober 1919.

Altona, den 3. Oktober 1919.

Die Wahlkommiſſion.

Höchſtpreis für Margarine.

Der Kleinhandelshöchſtpreis für Margarine wird mit Wirkung vom 4. Oktober 1919 ab, auf

Mk. 5,60 für 500 Gramm

feſtgeſetzt.

Zuwiderhandlungen werden auf Grund des Höchſtpreisgeſetzes beſtraft.

Altona, den 3. Oktober 1919.

Der Magiſtrat. Lebensmittelamt.

Arbeitsmarkt

Geſucht
Zuſchneider oder Zuſchneiderin.
Regenmantel-Fabrik Robert Pohl & Co.,
Deichſtraße 22/24.

Wir suchen sofort
Perfekte Taillenarbeiterinnen.
Hirsch & Cie.,
Reesendamm.

Heizungs-Monteur. Suche einen tüchtigen, ſelbſtändig arbeitenden Heizungs-Monteur. **A. Heinemann, Rendsburg.**

Glaſergehilfe geſ. **Glaſerei Bockmann,** Altona, Langeſtr. 34/36.

Tücht. Rockſchneider geſ. Ladage & Oelke, Neuerwall 11

Tücht. Rockſchneider geſ. **Kamann,** Hermannſtr. 9 ptr.

Rockſchneider geſucht. Dammtorſtr. 27, I. l.

Damen-Schneider auf Koſtüme und Mäntel ſofort geſucht. **Brings,** Wandsbecker Chauſſee 18.

☞ **Reiſender** ☜ für Brennholz geſucht **Schröder & Wilkinitz,** Wandsbeck, Langereihe 7.

Geſucht **Schuhmacher** auf erſtkl. Herr.- od. Damenarbeit. **Harders,** Hamburg Poſtſtr. 7.

Erſtkl. Schuhmacher-Geſ. für Reparat. mitmachen geſ. **Cismadia,** Milchſtr. 5.

Kräftiges Mädchen, nicht unter 18 Jahren, das tüchtig melken kann, ſofort geſucht. Lohn M. 60 monatlich. Landwirt **Otto Eggers,** Farmſen bei Wandsbeck.

Laufmädchen ſofort geſucht. **Hirsch & Cie.,** Reeſendamm.

Achtung! Suche meinen Trimmer vom Imperator von 1918 „Fritz". **Georg Steinbauer,** bei Fritz Tiehoff, Harburg.

Holzpantoffeln mit gutem Leder für Schlachter, Schmiede, Brauer uſw. Holzpantoffelfabrik **Joh. Harders, Altona,** Adolfſtr. 28. Hanſa 8312.

Belohnung 1000 Mark.

In der Nacht vom 2. zum 3. Oktober ſind aus unſerem Bureau **2 Adler-Schreibmaſchinen** Nr. 127 233 und Nr. 127 240 **geſtohlen** worden. Für die Wiedererlangung der beiden Schreibmaſchinen ſetzen wir obige Belohnung aus.

Wentzel & Hirsekorn,
Plan 6.

Bezugsscheinpflicht aufgehoben.

WO?
kaufe ich günstig meine Winter-Garderobe:
Ulster, Paletots, Mäntel, Joppen, Anzüge, einzelne Hosen, Unterzeuge usw. sowie Stoffe zur Anfertigung und zum meterweisen Verkauf.

Diese Frage ist leicht gelöst,
wenn man die großen Läger der unterzeichneten, seit über 35 Jahren allgemein bekannten Firma besichtigt.

Ernst Aug. Steinberg
Altona, Gr. Bergstr. 115-119, Ecke Unzerstr.

Von 1—3 Uhr geschlossen.
Geschäftsschluß 7 Uhr abends.

Beleuchtungskörper
für Elektrisch u. Gas.
Zuglampen, Ampeln, Kronen, Tischlampen, Kipplampen.
Elektrische Plätteisen für 110 u. 220 Volt
Haller Familienherde u. Gaskocher.
Große Auswahl. Solide Preise.
Ewige Lampe, Wexstr. 16.

Verloren
eine Fahrkarte der Straßenbahn **Gruppe J. Nr. 6117** auf den Namen **Franz Werner.**
Der Finder wird gebeten, die Karte auf dem Fundbureau abzugeben.

Herren- u. Jünglings-
Ulſter, Paletots,
Anzüge, beſte Qualitäten, billigſte Preiſe. **A. Rust,**
Eppendorferweg 66,
bei der Oſterſtraße.

Hochfeine Herren-Anzüge,
vielfach reine Wolle, auch für Jüngl., v. M. 125-375, **Paletots und Ulster,** für Herren u. Jünglinge, von M. 60—300, **Jünglings- und Knaben-Anzüge** von M. 30 an, Gehrockanzüge, Smokings und Cutaway-Anzüge, **gestreifte Hosen** von M. 40 an (Anfertigung nach Masz), Hüte, Mützen.
Süderstr. 70/72, Hbg.

Anzg., ſchw. Hoſ., Paletot zu verk. **Brand,** Gluckſtr. 76 p.

Ein neuer Anzug zu verkaufen. Böckersſtr. 28. I., Ottenſen.

---

3 Jackettanz., groß. verſchied. Ulſter verk. **Tietzel,** Roſenhofſt. 16, I. b. Schulterbl.

Zu verk. guter, mod. Ulſter, neu M. 170. Bhf. Barmb., Peſtalozziſtr. 7, I. Hinzpeter.

Schw. Tuchjacke f. ält. D., Gr. 44, u. 1 D.-Flauſchmant. vk. Frau Kamrath. Hellkamp 80, p.

Prima **Sealbisam-Mantel** preiswert abzugeben, direkt ab **Pelzlager Warisch,** Grindelallee 176, II. r., Eingang Rutschbahn. Vulkan 814.

Pelz- Kragen, Mäntel, Muffen, Sport-Pelze Westen, hochmodern u. sehr billig i. d. bek. Pelzlager **Rotberg** Hamburg, Gr. Bleichen 30, hpt.

Zufall!
Damen-Seidenmäntel
imprägniert, wetterfest M. 150, 198. Wert bis 350.
Süderstr. 70/72.

Oelzeug- Mäntel, Jacken, Hoſen,
Perſennige,
ſow. Reparat. u. Aufölen, Getragene Gummimäntel werden **wafferdicht** gemacht.
Krohn & Wölper,
Vinnasberg 72, Alſt. 4768.

Gardinen
aus kleingemuſtertem Zwirntüll, Mull uſw. mit Bordenbeſatz u. Volants, 2 Schals u. 1 Lambrequin, zuſammen M. 55, 68, 85, 120 uſw.
Teppich-Juster,
Hamburg,
Ellerntorsbrücke 5, I.

Schafwolle und Strickgarn kauft **Peter,** Mittelſtr. 98. III.

Schafwolle
gewasch. u. ungewasch.,
Kammzug u. Wollumpen
kauf. zu höchsten Preis.
Diamant & Co.
Bei den Mühren 79.
Tel.: Vulkan 1039.
Tel.-Adr.: Diecomproh.

Für Wiederverkäufer!
Echter Kautabak
(Kentuky)
Nordhäuser Art
Ia Beize, pro Rolle M. 1,10, über 500 Stück M. 1,05.
Man verlange Probesendung.
Erste Nordd. Kautabakfabrik
Lehe i. Hannover,
Langestrasse 7.

Echt eichene **Herrenzimmer** in verſchiedener Ausführung.
Gebr. Heisig,
Möbelfabrik
Ellerntorsbrücke 7.

Gut gearbt. Chaiſelongues m. gut. Stoff kft. man a. beſt. b. **Andersen,** Telemannſtr. 12, I.

Gr. g. erh. Spieg. m. Konſ. z. verk. **Voss,** Hufnerſt. 24 b, I.

Apartes Schlafzimmer, imit. Eiche, mit Apotheke, Sockel-Arb. m. ob. Füß., b. z. v. **Rüter,** Spaldingſtr. 24, III.

Mod., weiß lack. Schlafz. bill. zu verk. Flachpolſter-Garnitur, Küche, Vertiko. **Steenfatt,** Grindelhof 12.

Bettſt. mit Matr., Grammophon mit Platten zu verk. Stellbergſtr. 10a, pt., M.

Weiß lack. Holzkinderbettſt. m. M. zu verk. Zu beſ. nachm. 4—6 Uhr. Löwenſtr. 39, I. l.

Moderne Küche zu verk. Kampel, Alt. Guſtavſtr. 23 I.

Gut erhalt. Klappkarre m. Verdeck geſ. Schriftlich an **Hain,** Hirſchgraben 1, part.

Modern. Kinderwag. u. eiſ. Kinderb. b. Vereinsſt. 49 Hp. r.

Faſt n. Kdrwg. u. Klappt. m. V. b. z. vk. Roſenallee 10 p. r.

Schuhm.- Schneider- **Nähmaſchinen.**
Leifermann, Maxſtraße 2. Stadthausbr. 19.

Weißer Emaillelack, Friedensqualität, harttrockn., nicht klebend, zum Innen- und Außenanſtrich von Holz, Eiſen, Möbeln uſw. ſtreichfertig an Selbſtverbraucher abzugeben. **Hauck,** Schmalenbeckerſtr. 32.

Spiralbohrer,
Werkzeuge,
Leitungsdraht,
Inſtallationsmaterial
kauft
J. Pohlmann, Hamburg 22,
Heitmannſtraße 8, Keller.
Fernſpr. Nordſee 2231.

Metalle kauft **Theophil Wierzbicki,** Hammerſteindamm 80. Alſter 1560.

Altmetalle
Kupfer, Meſſing, Blei, Stanniol, Silberpapier
kauft Vick,
Herrengraben 91. Merkur 1456.

Kammerjäger
Bendixen & Bergwarth,
Hanſa 1180. Marktſtr. 102.

Gebr. Piano
(nicht über M. 1500—2000) **nur aus Privathand zu kaufen geſucht.**
Ullrich, Lübeckertor 3, III.

Bandonion, G-dur, 104tön. M. 250. Dibbern, Starſtr. 11, p. l.

Nur keine Bange!
Rat u. Hilfe i. jed. Lebenslage. Inkaſſo ohne Klage. Zahlungsbefehle ꝛc. durch **Schön,** Neuer Steinweg 1, 9-1.

Gutg. Schuhreparaturanst. verb. mit Maßarbeit umſtändehalb. bill. zu verk. Off. u. 1375 Exped. Püstow, Grindelberg 80.

Wegen Todesfalls eine
☞ **Wirtſchaft** ☜
ſofort billig zu verkaufen. Feßlerſtr. 6, Barmbeck.

Wirtſchaft mit od. ohne Grundſtück zu kauf. geſ. Off. D. 790 Altonaerſtr. 17.

Sonnabend, 4. Okt., abends 7½ Uhr:
Großer Preis-Skat
W. Graff, Rumpfsweg 20.

Großer Preisſkat
Sonnabend, 4. Oktober, abends 7 Uhr.
Altonaerſt. 23, b. Johannsen.